

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Sonnabend, den 13. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

## Auswärtige Politik.

Durch unsere Parteipresse macht jetzt eine Notiz die Kunde, die darauf hinweist, daß in dieser Zeit wichtigster Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zwar alle anderen großen Parlamente — das englische, das französische, das österreichische, das italienische, ja sogar das russische und das persische — versammelt sind, der deutsche Reichstag aber inzwischen im Sommer schlaf liegt; es gewinnt immer mehr den Anschein, daß man sich beeilt habe, ihn los zu werden, um nicht von Kritikern behindert zu sein. Wir zweifeln in der Tat nicht daran, daß der Fürst Bülow die Nachgiebigkeit und Arbeitsunlust der Blockparteien in sich tragt hat, indem er ihnen den frühen Schluß der Reichstagsession nahe legte. Es ist ein alter Kunstgriff von ihm, in den Monaten regeren internationalen Lebens die Volksvertretung auszuschalten. So hat er es schon im Jahre 1905 gemacht, als die Beziehungen zu Frankreich so gespannt waren, daß man jeden Augenblick mit dem Ausbruch eines Krieges rechnen mußte; so im Jahre 1906 und auch 1907.

Aber, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen, ist es doch noch sehr fraglich, ob das Reichsparlament, auch wenn es versammelt wäre, zu einer ernsthaften Kritik der auswärtigen Politik des Reiches auch nur den Versuch machen würde; geht man nach den Erfahrungen früherer Jahre, dann darf man sogar die Behauptung wagen, daß es nicht der Fall sein würde. Unser Reichstag ist in der Behandlung der internationalen Politik so — sagen wir einmal: zurückhaltend, daß nach dem gefährlichen Sommer von 1906 noch nicht einmal die doch auch budgetrechtlich sehr beachtliche und ernsthafteste Frage aufgeworfen worden ist, aus welchen Mitteln denn eigentlich die Kosten der erheblichen Vorbereitungen für eine eventuell notwendig gewordene Mobilmachung gedeckt werden sind; das französische Parlament hat damals nicht weniger als 120 Millionen Frank für die gleichen Zwecke nachbewilligt. Und Deutschland sollte nichts aufwenden haben? Das ist sehr unwahrscheinlich; viel wahrscheinlicher ist dagegen, daß die Heeresverwaltung aus ihren zahllosen „übertragbaren Fonds“ die Mittel schöpfen konnte, ohne die Volksvertretung auch nur fragen oder benachrichtigen zu müssen.

Wenn dies aber der Fall gewesen ist — die Rechnungskommission des Reichstags müßte wohl imstande sein, es nunmehr festzustellen — dann ist es nur ein neuer schlagender Beweis dafür, daß wir uns auf dem Gebiete der auswärtigen Politik noch im reinsten Absolutismus bewegen. In der Verfassung des Reiches liegt das keineswegs begründet, denn nach ihr steht dem Kaiser zwar die Führung der internationalen Geschäfte des Reiches zu, aber nicht ohne daß der Reichskanzler für sie, wie für alle anderen Regierungsakte des Bundespräsidentiums die Verantwortung tragen müßte; nur für den Fall einer Kriegserklärung — die auch in die Hände des Kaisers gegeben ist — bleibt diese „Verantwortung“ gänzlich bedeutungslos, in Friedenszeiten ist sie es nur so lange, wie die Volksvertretung nicht versteht oder nicht gewillt ist, der Form einen Inhalt zu geben. Und sie ist nicht gewillt dazu. Das geht schon daraus hervor, daß wir im deutschen Reichstage auch nicht einen einzigen Spezialisten für auswärtige Politik und Kontrolle der Diplomatie haben, wie wir deren in England, Frankreich und Italien so viele sehen. Das erleichtert, ja ermöglicht überhaupt erst der Regierung die Aufrechterhaltung der schlimmsten Lüge, die Regelung der Beziehungen unseres Volkes zu anderen Völkern sei ihrem Wesen nach eine Angelegenheit der Regierung, in die die Volksvertretung nichts hineinzureden habe. So schafft sich die Regierung ein bequemeres Versteck, in das sie sich immer verkriecht, wenn einmal im Parlament die Geschäfte nicht nach Wunsch gehen.

Das Studium der auswärtigen Politik kann man nicht gleichsam nebenbei betreiben. Es verlangt die ganze Kraft eines Mannes, der sehr fleißig sein muß, wenn er das weitverzweigte Gebiet andauernd übersehen will. Genauere Vertrautheit mit der geschichtlichen Entwicklung der verschiedenen Völker, ihrem Parteiwesen, ihrem diplomatischen Stabe, ihren sozialen und wirtschaftlichen Zuständen, ihren militärischen Einrichtungen und ihrer Presse sind lediglich Voraussetzungen einer gedeihlichen Arbeit auf diesem schwierigen Felde. Dazu gehört wiederum eine gründliche Kenntnis fremder Sprachen, um ein Studium der politischen Aktenstücke und ihrer Erörterungen in den fremden Ländern zu ermöglichen. Wieviele Politiker verfügen über solche ausgebreitete Kenntnisse und über die Zeit, sie nutzbar zu machen und regelmäßig zu ergänzen? Wieviele Reichstagsabgeordnete verstehen wohl russisch, eine Sprache, ohne die heute in

den hier behandelten Fragen fast nicht mehr auszukommen ist? Abgesehen von den paar Polen — die aber nicht in Betracht kommen —, noch nicht drei! So gibt schon die Unzulänglichkeit der technischen Rüstung der Abgeordneten in Sachen der auswärtigen Politik den Regierungsvertretern eine Überlegenheit, die sie bedenkenlos und in manchmal frivoler Weise ausnutzen.

Ein Mittel gibt es freilich, die Unzulänglichkeit der Volksvertretung auszugleichen. Und das ist der Ausbau der Presse. Was der einzelne Parlamentarier unter den heutigen Umständen einfach nicht leisten kann, das vermag die mit Arbeitsteilung wirkende Presse ergänzend zu wirken. Ob sie es freilich immer tut, ist eine andere Frage. In Deutschland ist das heute nicht in dem wünschenswerten Maße der Fall. Auch die sozialdemokratische Parteipresse kann man von diesem Urteil nicht ausnehmen. Sie ist ganz überwiegend auf die Benützung der bürgerlichen Presse in ihren Referaten über ausländische Vorgänge angewiesen, kaum daß sie in den wichtigsten Ländern einige wenig beschäftigte Korrespondenten besäße. Und auch diese Korrespondenten befinden sich vielmehr zum Teil in genau derselben Lage wie unsere heimischen Abgeordneten und Journalisten.

Es wird Zeit, daß wir in unseren eigenen Reihen diese Zustände einmal einer ganz unbefangenen und sachgemäßen Erörterung unterziehen. Das In-den-Tag-Hineinleben könnte zu sehr üblen Folgen führen. Die auswärtige Politik gewinnt von Tag zu Tag eine größere Bedeutung. Viele in unserem Volke meinen, wir trieben, langsam vielleicht, aber sicher, einem gewaltigen westeuropäischen Zusammenstoß zu. Ob das richtig ist oder nicht, bleibe einstweilen dahingestellt. Nehmen wir aber einmal an, es sei richtig, dann würde die Sozialdemokratie eine geradezu frevelhafte Nachlässigkeit begehen, wenn sie nicht alles täte, um einen solchen Wellenbrand zu verhindern. Denn darüber sind wir uns doch wohl alle klar, daß ein Weltkrieg die Gefahr in sich birgt, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Westeuropas um Jahrzehnte aufzuhalten, ganz abgesehen von den furchtbaren Opfern an Gut und Blut, die er nicht nur unserem, sondern allen Völkern aufzwingen würde. Wie können wir aber auch nur das Geringste zur Abwendung des Übels beitragen, wenn wir den Gang der Ereignisse nicht klar übersehen, uns nicht die Organe schaffen, die einen Einblick ermöglichen? Kein Opfer sollte für uns zu groß sein, um uns in dieser Frage auf das allerbeste zu unterrichten. Nirgends brauchen wir dringender Waffen als in der Opposition gegen die gefährliche Geheimniskrämerei unserer Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Ein Beispiel sei uns vergönnt anzuführen: Vor Jahren ließ ein in Mogador in Marokko lebender Freund der „Dresdner Volkszeitung“ der Redaktion Nachrichten über die Vorgänge in dem jetzt soviel genannten Lande zukommen, die den drohenden Konflikt Deutschlands und Frankreichs mit aller wünschenswerten Klarheit vorverfügten. Diese Nachrichten blieben freilich, weil vereinzelt und ohne systematischen Zusammenhang veröffentlicht, ohne jeden Eindruck in Deutschland; wären sie als ein Glied in einer nie abbrechenden Kette sachkundiger Berichte erschienen, dann wäre der politische Erfolg weniger zweifelhaft gewesen. Aus solchen Vorkommnissen sollten wir etwas lernen. So wie wir Spezialisten für Arbeiterschutz und Versicherungswesen in unseren Reihen ausgebildet haben, so bedarf auch die auswärtige Politik einer sorgfältigen Behandlung durch besonders vorgebildete Redakteure, denen ein Stab geschichts- und landeskundiger Mitarbeiter im Ausland zur Seite stehen muß. Die Auslagen dafür, und mögen sie noch so groß erscheinen, rentieren sich sicher, wenn durch derartige Einrichtungen eine Vermehrung des Einflusses unserer Partei in Fragen der auswärtigen Politik zu erzielen ist, der zugleich eine vermehrte Sicherung des Weltfriedens sein würde.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Glaube, Liebe, Hoffnung.

Am Dienstag und Mittwoch tagte in Dessau die Hauptversammlung des evangelisch-sozialen Kongresses. Man kennt die Herrschaften, die auf solchen Kongressen die Geige spielen: Herr Naumann, der Blockmann, Herr Harnack, der kaiserliche Hofevangelist, Herr Professor Franke von der „Sozialen Praxis“, und dazu noch ein paar Professoren und Geistliche. Alles ist vom „Sozialismus des Herzens“ erfüllt, wie Harnack sagte, und die mangelnde wirtschaftliche Einsicht wird durch die „ausgleichende Gerechtigkeit“ erjeht.

So war's auch in Dessau. Zunächst beschäftigte man sich mit der Jugend. Man schwor sich, an der Jugend zu arbeiten im Sinne der „Liebe zum Volke und Vater-

land und dem auf Gottesglauben gegründeten Optimismus“, also im Sinne der Vereine christlicher junger Männer. Unstillsch handle der, der die Jugend für eine Partei festlegen will. Aus all dem Phrasenschwag lugte die Furcht, die arbeitende Jugend könne sich aus treu-sorgender geistlicher Obhut zur Sozialdemokratie schlagen. Deutlicher wurde Herr Harnack. Nach einem Klage-lieb, daß die feindlichen Mächte gegen die evangelisch-sozialen Bestrebungen immer stärker würden, wies er mit der Gebärde des wohlwollenden Denunzianten auf die Sozialdemokratie:

Da sind unsere Feinde von der Linken, die uns höhnen und zürnen, soziales Empfinden und soziales Handeln, wenn es nicht sozialistisch sei, sei nichts anderes als ein großer Betrug, im besten Falle ein kindliches Spiel kraftloser und blinder Ideologie. Wie sie urteilen, verurteilen und wie sie bauen wollen, hat uns jüngst wieder der Berliner Kongreß der sozialdemokratischen Krankenkassen gezeigt.

Was der Berliner Krankenkassenkongreß mit diesen Dingen zu tun hat, wird nur der begreifen, der den tieferen Sinn des „kindlichen Spiels“ erfaßt. Indem Herr Harnack den Kongreß als sozialdemokratische Veranstaltung benutzte, stärkt er den reaktionären Anschlag auf die Selbstverwaltung der Arbeiter.

Darauf begann der humoristische Teil. Ein Professor Detzmann hielt einen Vortrag über das Urchristentum und die unteren Schichten, in dem er gegenüber Raitshoff und dem „Sozialrevolutionär“ Rautsky behauptete, daß das Urchristentum eine rein religiöse Bewegung innerhalb der unteren Schichten gewesen sei. Auf die materiellen Grundlagen der Bewegung einzugehen, fiel ihm natürlich nicht ein. Einem abligen Professor, dem Freiherrn v. Soden, schienen aber dennoch Detzmanns Anschauungen zu radikal zu sein. Entrüstet betonte er, es sei nicht wahr, daß das Christentum allein seine Kraft aus den unteren Schichten gezogen habe, es sei auch nicht bloß da für die kleinen Leute, sondern für alle, die reinen Herzens sind! Harnack suchte in diesem Geisteskampf zu „vermitteln“ und Naumann machte Zugeständnisse an die „materialistische Methodologie“. Darob erhob sich aber sofort erheblicher Widerspruch, und seine Keckheit konnte Naumann nur dadurch wieder gut machen, daß er bald darauf sagte, in der Sozialdemokratie glaube heute kein Mensch mehr an den künftigen sozialistischen Staat. Darauf gab es stürmischen Beifall, und Hans und Grete waren wieder gut.

Am Freitag nachmittag sprach dann noch Professor Franke über einige sozialpolitische Fragen, vor allem über das gemeinnützige Rechtsauskunftswesen. Interessant waren die Ausführungen Franckes über die deutsche Klassenjustiz:

Der § 153 der Gewerbeordnung stellt ein Ausnahmefestgesetz gegen die Arbeiter dar, denn er bestraft den Arbeiter, der durch Zwang oder Drohung den Arbeitswilligen, den er mit Recht als einen Verräter an der Arbeit ansieht, zur Teilnahme am Lohnkampfe bewegen will, aber nicht den Unternehmer, der mit gleichen Mitteln den Arbeiter zum Austritt aus der Gewerkschaft veranlaßt. Dem Arbeiter ist seine Organisation ein Heiligtum; wer ihm daran rührt, rührt ihn im tiefsten Innern. Ich will nicht an das Goethewort von der Klassenjustiz erinnern, es ist das schlimmste Gehwort, das ich mir denken kann. Aber zweifellos besteht zwischen dem Denken und Fühlen der Arbeiter und dem unserer Richter eine tiefe Kluft. Das Wort Israels von den zwei Nationen, die nebeneinander wohnen und sich nicht mehr verstehen, obwohl sie dieselben Worte brauchen, ist zum Teil auch in der Deutschen Rechtspflege wahr geworden.

Wenn das ein so frommer und sozialer Mann sagt, muß also schon etwas dran sein. Dem Oberbürgermeister Ebeling aber gefielen diese Dinge nicht, und er warf Franke vor, daß er zu sehr vom grünen Tische urteile und nicht wisse, wie sehr die Arbeiter oft ihre Forderungen übertrieben. Worauf Franke entgegnete:

Wenn bestritten worden sei, daß die Arbeiter in Deutschland sich minderen Rechts fühlen, könne er nur sagen, daß er noch lange nicht schwarz genug gemalt habe.

So paart sich bei diesen Leuten Einsicht und Unklarheit, guter Wille, bessernd Hand anzulegen, und infernalischer Haß gegen die Arbeiterschaft, sobald sie fordert. Diese Sorte von Sozialreformern hat bei der klassenbewußten Arbeiterschaft jedoch so vollständig Bankrott gemacht, daß man sich mit ihr nur dann zu beschäftigen braucht, wenn, wie in Dessau, ihre Halbheit und Hilflosigkeit allzu offenkundig zutage tritt.

#### Der Reichsverband an der Arbeit.

Nachdem die politische Brunnenvergiftung den Mannen Lieberts nicht mehr so recht gelingen will, versucht der Reichsverband jetzt die Arbeiter „gewerkschaftlich“

zu verhegen und dabei zugleich die Industriellen für diesen ihnen erwiesenen Liebesdienst zinspflichtig zu machen.

Schon vor einiger Zeit wurde der Reichsverbandsgeneral wegen der in Form eines Flugblattes veröffentlichten, nicht gehaltenen Rede zugunsten der Glasindustriellen gehörig zerzaust. Aber er hat den Mut anheimend noch nicht verloren, denn er versandte vor einiger Zeit wiederum ein Zirkular an die Glasindustriellen, das mit dem Vermerk „Zur Geheimhaltung“ versehen war, aber trotzdem zur Kenntnis der bösen Sozials gekommen ist. Es lautet:

„Seit einiger Zeit sind wir bemüht, in der „Glashütte“ (im Organ der Unternehmer der Glasindustrie, d. Red.) durch geeignete Schriftsätze unberechtigten Forderungen der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Glasarbeiter entgegenzutreten bezw. Entstellungen zu widerlegen. Ein Bestreben, das schon teilweise in den beteiligten Kreisen anerkannt wird. Aber nicht nur eine Interessenvertretung verfolgen wir, sondern auch eine Aufklärung für die parlamentarischen Vertreter und die gesetzgebenden Körperschaften usw. Bisher waren diese zur Beurteilung der Lage in unserer Branche durch die Darstellung der Gewerkschaften informiert. Natürgemäß kam dabei eine einseitige Beurteilung zustande; denn die Stimmen der Arbeitgeber fehlen fast gänzlich. Um aber unseren Zweck ganz zu erfüllen, bedarf es der regen Mitarbeit aller Betriebe der Glasbranche, und bitten wir auch Sie darum. Dies könnte am besten dadurch geschehen, daß aus den Betrieben Anträge von Seiten der organisierten Arbeiter, Fälle von trassendem Terrorismus, gestellte Forderungen beziehungsweise Begründung über deren Nichtberechtigung, sowie auch handelspolitische Mitteilungen sofort mitgeteilt werden, unter Schilderung einiger Einzelheiten, damit wir sofort jeglichen Verunglimpfungen und Entstellungen entgegenzutreten können. Schnellste Information also ist, um die wir bitten. Sie dienen dadurch nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit. Wir erbitten Bescheid, ob Sie geneigt sind, uns in dieser Form zu unterstützen, und werden wir Ihnen dann eine Anzahl unserer Anknüpfungsbogen zugehen lassen.“

Na also, das kann ja eine nette Hege geben! Da wird wohl die denkwürdige Denkschrift zur selbigen entschlafenen Zuchthausvorlage das reine Waisenkind gegen die hier projektierte Kampagne gewesen sein. Dieses Projekt muß die organisierten Arbeiter umfomehr anspornen, ihrerseits diesen angekündigten parlamentarischen Verleumdungszug zu durchkreuzen, um den Reichsverband zu den vielen moralischen Schläppen, die er schon im Parlament und außerhalb desselben erlitten, einige wohlverdiente neue hinzuzufügen. Was speziell die Glasindustrie betrifft, so wird es selbst den Liebert-Sängern wohl schwer fallen, Schmarz in Weiß zu verwandeln. Nirgends wohl sieht es ähnlich traurig in puncto Schöpfung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, ausreichender Entlohnung, schlimmsten Terrorismus der Unternehmer und Hülfenbeamten ans wie in der Glasindustrie!

#### Das Jubiläum eines Dementi.

In wenigen Tagen werden es zwanzig Jahre sein, seit Wilhelm II. den Thron seines Vaters bestiegen hat. Von Vorbereitungen zur Feier dieses Tages hat man bisher weder in der Presse noch in der Gesellschaft etwas bemerkt. Ob es nun der Eulenburgprozeß oder das Ordnen der Kanonen von Reval ist, das unseren Loyalen ihr sonst so festes Gemüt verdrüstert hat, gleichviel, jedenfalls wird es die sozialdemokratische Presse sein, die das patriotische Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, als erste an den bevorstehenden Gedenktag, den 15. Juni, erinnert zu haben.

Das 20jährige Jubiläum der Thronbesteigung Wilhelms II. ist aber auch zugleich das 20jährige Jubiläum eines Dementi. Schon am 25. Juni 1888 durfte die „Nordb. Allgem. Zeitung“ so gründlich wie endgültig das Gerücht widerlegen, daß sich am Hofe des jungen Kaisers eine Kamarilla gebildet habe. In liberalen Zeitungen wurde damals erzählt, daß zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und dem Chef des Militärkabinetts Grafen Waldersee Reibungen beständen. Dazu schrieb die „Nordb. Allgem. Ztg.“:

„Es ist unerfindlich, wie der Reichskanzler und der Chef des Generalstabs, deren Departements die denkbar heterogensten (verschiedensten) sind, in geschäftliche Schwierigkeiten miteinander geraten sollten. Die diesbezüglichen Reibungen haben keinerlei konvergierende (sich beruhende) Tätigkeit zu entfalten. Ihnen fehlt die amtliche Verbindung und daher auch jede Möglichkeit zu Fraktionen (Reibungen). Wollends absurd ist endlich die Idee, als ob unter Kaiser Wilhelm eine Kamarilla bestehen könnte. Die Zeiten, wo für eine derartige ungesunde Erscheinung ein Feld gegeben war, sind vorbei.“

Das war am 25. Juni 1888, zehn Tage nach dem Regierungsantritt Wilhelm II. Seitdem ist dieses Dementi der ruhende Pol in der Erscheinung sonst höchst schleuniger Flucht geblieben. Zuerst wurde es von Bismarck erlassen, der später von der „Kamarilla der Königen“ sprach, dann von Hohenlohe, der in seinen Denkwürdigkeiten die Geschichte vom „Königsmacher“ Eulenburg erzählte, schließlich vom Fürsten Bülow, der zunächst versicherte, daß für die „fremde Giftpflanze Kamarilla“ in Deutschland kein Boden sei, dann aber freilich wieder etwas ganz anderes damit gesagt haben wollte. Für die offiziöse Presse ist der 20. Gedenktag eines Dementi ein selten festliches Ereignis, das auch hoffentlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die entsprechende Würdigung erfahren wird.

#### Ein Sängling.

Aus Berlin wird gemeldet: Nicht nur in akademischen, sondern auch in politischen Kreisen erregt die unter merkwürdigen Umständen erfolgte plötzliche Einrichtung eines vierten Ordinariats für Nationalökonomie an der königlichen Universität zu Berlin großes Aufsehen. Neben den bisherigen drei Ordinarien für diese Wissenschaft, die von Professor Wagner, Schmoller und Sering besetzt sind, wirken an der Berliner Universität noch vier bis fünf Extraordinarien und eine Anzahl Privatdozenten. Obwohl also für die Nationalökonomie ausreichend vorgesorgt war, hat das

Ministerium unter ganz ungewöhnlichen Formen einen vierten Lehrstuhl errichtet, nämlich ohne Befragen und Genehmigung des Landtages und aus dem Mitteln eines Dispositionsfonds, der nur für nötige Fälle vorgesehen ist. Auch die Universität ist dabei nicht angefragt worden. Besetzt wurde der neue Lehrstuhl mit einem jungen Favoriten von auffällig schneller Karriere, dem 32 Jahre alten Professor Ludwig Bernhardt, dessen Verdienste um die Wissenschaft vornehmlich in Arbeiten über die Polenfrage bestanden, welche den Gefallen der preussischen Regierung fanden. Um sich den nützlichen Mann zu erhalten, bekommt die Universität unter Umgehung aller verfassungsmäßigen Vorbedingungen einen Polensprecher aufgezopft — ein würdiges Seitenstück zu den Fällen Spahn in Straßburg und Wendstern-Greifswald. Die deutsche Wissenschaft aber wird sich die Nichtachtung, die in dieser Besetzung liegt, natürlich ebenso wie in früheren Fällen devot gefallen lassen und sich im übrigen an der etwas männlicheren Haltung der österrreichischen Hochschulen ergötzen. In Preußen streiken — um Himmelswillen! — solch ein Gedanke kommt im Kopfe eines königlich preussischen Wissenschaftsbeamten überhaupt nicht auf. Unsere Professoren fühlen sich als die Diener der Regierung, die sie besoldet, sonst nichts!

#### Hinter verschlossenen Türen.

Die geheime Sitzung des Gesamtverbandes des Deutschen Flottenvereins, für die zwei Tage in Aussicht genommen war, hat bereits ihren Abschluß gefunden und einen friedlichen Verlauf genommen. — Man scheint sich also wieder vertragen zu haben.

#### Ein neues Ausnahmengesetz gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter in Sicht.

Die Klagen der Agrarier über den Kontraktbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter erlösen immer lauter. Setzt will, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, das preussische Landesökonomiekollegium versuchen, die auf diesem Gebiete vorhandenen Übelstände auch zahlenmäßig zur Darstellung zu bringen. Die preussischen Landwirtschaftskammern sind zur Beschaffung des einschlägigen Materials angegangen worden.

Wir haben schon vor einiger Zeit bemerkt, daß die Antikontraktbruch-Propaganda der Agrarier den Zweck habe, auf ein neues Ausnahmengesetz gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter hinzuwirken. Jetzt knüpft die „Germania“ an obige Mitteilung die Bemerkung, daß es sich hier offenbar um Vorarbeiten für ein Gesetz zur Bestrafung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter handelt. Der brutale Agrarier-Egoismus billigt den landwirtschaftlichen Arbeitern keine menschenwürdige Behandlung zu. Da soll nun ein neues Ausnahmengesetz, die Polizei, die Strafschutz helfen, diese Arbeiter am Eintritt in einen schmachvollen Tod zu hindern.

#### Konferenz zur Reform der Krankenkassen.

Die vor einiger Zeit angekündigte Konferenz zur Beratung über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen ist am 11. ds. Mts. in Berlin im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. v. Bethmann-Hollweg zusammengetreten. Es nehmen daran Vertreter nachstehender Reichs- und preussischer Behörden teil: Reichsamt des Innern, Reichsmarineamt, Reichspostamt, Kaiserl. Gesundheitsamt, Preuss. Kriegsministerium, Ministerium für Handel und Gewerbe, Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Außerdem sind vertreten Gemeindevorstände, Ärzteschaft und Krankenkassen. Daß als Vertreter der Ärzteschaft auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan mitzureden hat, verdient besonders gemerkt zu werden. Hat doch dieser Mann im Reichstage durch die wüsten und ungerechtesten Angriffe auf die Krankenkassen sich hervorgetan. Natürlich wird er diese Rolle auf der Konferenz weiter spielen. Von bekannten Krankenkassenvertretern sind erschienen Julius Fräßdorf (der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete), Vorsitzender der Ortskrankenkasse in Dresden, und Arbeitersekretär Graf, Vorsitzender der allgemeinen Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M.

#### Frankreich.

Clemenceaus Gendarmen. Die Kammer begann dieser Tage die Beratung der Interpellation des Deputierten Argelles über die Streikunruhen in Bigneux und Draveil. Argelles begründete die Interpellation. Ministerpräsident Clemenceau gab dem Bedauern der Regierung Ausdruck, daß hierbei Todesfälle zu beklagen seien. Die Regierung halte es für ihre Pflicht, die beschäftigten Arbeiter und die Vorräte in den Fabriken zu schützen. Nebenher berichtete sodann über die Ereignisse, wie sie in der amtlichen Untersuchung dargestellt seien. Clemenceau tabelte sodann die Gendarmen, weil sie Auswärtige, die keine Rundgebungen veranstalteten, angegriffen hätten. Das Gericht werde die Verantwortlichen feststellen und sein Urteil fällen, wenn ein fester Anhaltspunkt gegeben sein werde. Die Gendarmen seien nicht in der Notwehr gewesen. Bisher scheine, daß der Quartiermeister der Gendarmerie einen schweren Fehler begangen habe; er werde verurteilt werden. Das gerichtliche Verfahren wegen dieser Taten sei eingeleitet. Dem Präfecten des Departements Seine et Oise, dem Unterpräfekten, dem Rittmeister der Kavallerie und dem der Gendarmerie, welche nicht geschossen hätten, würden Belohnungen gegeben werden. Der Ministerpräsident sagte schließlich, die Kammer möge wählen zwischen einer Regierung, die Reformen auf gesetzmäßigem Wege einführen wolle, und zwischen aufrührerischen Auswärtigen. (Beifall links.) Nach einer Erwiderung der Interpellanten nahm Clemenceau eine Tagesordnung an, in der die Kammer „ihr schmerzliches Empfinden“ und ihr Vertrauen zur Regierung“ ausdrückt und die in Vorschlag gebrachten gerichtlichen Maßnahmen genehmigt. Diese Tagesordnung wurde mit 429 gegen 63 Stimmen angenommen.

#### Perthen.

Die Lage. Die Provinzen wollen den Schah absetzen. Aber 500 bewaffnete Mitglieder der geheimen Gesellschaft hielten die Gegend des Parlaments 2 Tage besetzt. Der Schah ließ sie auffordern, auseinanderzugehen. Als Kofaken erschienen, zogen sich die Leute zurück. Das Ansehen des Schahs wächst.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 13. Juni.

Achtung, Arbeiter! Aber die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Matzfeier und Stellung einer Lohnforderung gemahngelt wurden.

Achtung, Steiniger und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten nach Lübbechen, Daffow, Klitz und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! Aber die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüxterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Sührmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung Maurer! Der Zuzug von Maurern nach der Insel Jehmarn ist fernzuhalten. — über den Siedbau der Firma Börner u. Heidenreich ist seitens des Zweigvereins der Maurer die Sperre verhängt.

Zu hohe Decklasten werden sehr häufig von Seeschiffen übernommen, obwohl dadurch die Sicherheit der Schiffe und ihre Besatzung gefährdet wird. Aber einen derartigen Fall, der sich hier in Lübeck ereignete, lesen wir in der letzten Nummer des „Seemann“: „Ich arbeitete kürzlich auf dem Dampfer „Neva“, der holländischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörig, und mußte dort sehen, mit welcher Willkür dieses Schiff beladen wurde. Am Norderdeich, bei den Rettungsbooten und Davids, wurde eine 10 bis 11 Fuß hohe Decklast (Frucht) genommen, welche fest gegen die Boote gestaut wurde. Es geht die Profittier der Reeder also so weit, daß sie es den an Bord befindlichen Seeleuten fast zur Unmöglichkeit macht, für ihre Lebensrettung im Nothfalle etwas zu tun, weil es unmöglich, oder nur nach langer, angestrengter Arbeit möglich ist, eins der Boote zu Wasser zu lassen. Es ist unbedingt erforderlich, eine Kommission zu haben, welche solches, wirklich das Leben der an Bord befindlichen Mannschaften und Passagieren gefährdendes, unverantwortliches Treiben unmöglich macht, denn ich und auch alle sachkundigen Kollegen haben erklärt, unter keinen Umständen mit dem Schiff in See gehen zu wollen. Das Schiff ging trotzdem am 3. Mai in See mit circa 8 Passagieren, Frauen und Kinder befanden sich auch darunter. Borne an Deck hatten wir Balken gestaut, welche übers Hochdeck fast bis zur Kommandobrücke reichten, dahinter befindet sich unterhalb des Hochdecks die Kombüse, worin der Koch fast eingeschlossen ist.“

#### Darf Gichtwatte nur in Apotheken verkauft werden?

Mit dieser Frage hatte sich das hiesige Schöffengericht zu befassen. Beschuldigt wurden die Drogisten A. und B., zu Lübeck im Jahre 1908 ohne polizeiliche Genehmigung eine „Gichtwatte“, die „Kantharidin“ enthält, die zu den für den Handel nicht freigegebenen Stoffen des Verzeichnisses „B“ der Kaiserlichen Verordnung vom 22. Oktober 1901 gehören, feilhalten und verkauft zu haben. A. sollte 20 Mk., B. 10 Mk. nach ihnen zugegangenen Strafbefehlen zahlen. Beide haben Widerspruch erhoben. Sie erklären, seit langer Zeit diese Watte verkauft zu haben, niemals sei ihnen das geringste über eine schädliche Wirkung derselben bekannt geworden. Ihnen sei nicht bekannt gewesen, daß die Watte „Kantharidin“ enthält. Durch die Kaiserliche Verordnung sei gerade Verbandswatte, auch imprägnierte, dem Verkehr freigegeben. Alle Sachen auf ihre einzelnen Bestandteile zu untersuchen oder untersuchen zu lassen, könne den Drogisten nicht zugemutet werden. Als Sachverständiger befandete Medizinalrat Riedel, daß seine Ansicht nach Gichtwatte nicht zu den Verbandstoffen gehöre und daß die Drogisten sich hätten vergewissern müssen, ob durch die von ihnen verkauften Sachen Schädigungen für die Abnehmer entstehen könnten. Bei einem Zusatz von 100 Gramm Kantharidin sei das jedoch möglich. Die Verteidigung beantragte Freisprechung der Angeklagten. Das Gericht setzte die Urteilsverkündung auf nächsten Dienstag fest.

#### Bedauerlicher Unfall.

Der Einjährig-Freiwillige Schermer der 4. Kompanie Infanterieregiments 162 hatte das Unglück, auf dem Heimwege vom Dienst mit seinem Rade gegen einen Straßenbahnpfahl zu fahren und sich neben verschiedenen Quetschungen am Kopf und am Gesicht eine Gehirnerschütterung zuzuziehen.

Gestohlen wurden gestern nachmittag aus einer zu einem Neubau beim früheren Tivoli gehörigen Baubude ein Paar alte und ein Paar neue Stiefel, die dort beschäufigten Maurern gehörten. Von dem Dieb fehlt vorläufig noch jede Spur.

pb. Verschundene Karre. Ein in der großen Altfähre wohnhafter Kaufmann zeigte an, daß er seit dem 9. d. Mts. eine schottische Karre, die vor seinem Hause gestanden habe, vermisst. Die Karre ist wahrscheinlich von einem Unbefugten benutzt und dann irgendwo hingestellt worden.

Fußwanderungen. Tausende benutzen die schöne Jahreszeit, um Fußwanderungen durch die freie Natur zu unternehmen. Die Wanderlust bildet eines der beliebtesten dichterischen Motive und wer einmal ihre Schönheit gekostet hat, kann nicht mehr davon lassen; er greift an jedem freien Sonntag, wenn die Sonne vom blauen Himmel herabblacht, aufs neue zum Wanderstab. Aber oft verdirbt ein an sich geringfügiger Umstand die ganze Freude am Ausflug, ja unter Umständen kann irgend eine Unbedachtsamkeit oder Unkenntnis sogar für die Gesundheit gefährlich werden. Darum seien nachfolgende Ratschläge allen Wanderern gelegentlich empfohlen:

1. Man vermeide in der Kleidung jede Einengung und Belästigung des Körpers. Darum ist steife Leibwäsche, besonders hohe Stehstrümpfe bei Männern, das Korsett bei Frauen dahier zu lassen. Am besten eignet sich für Touristen Wollwäsche, die warm, dabei selbst im durchnässten Zustand geschmeidig ist und den Schweiß gut aufsaugt.

2. Ein besonderes Augenmerk ist der Beschuhung zuwenden. Die Stiefel dürfen weder zu eng noch zu weit, müssen widerstandsfähig und wasserdicht sein. Dies ist sehr wohl auch bei leichten Schuhen zu erreichen, wenn nur die Qualität des Leders eine gute ist.

3. Das Gepäck ist auf ein Minimum zu beschränken. Ein schwerer Rucksack wird nicht nur bald lästig, sondern er beeinträchtigt auch die Brust und hindert die Atmung. Für kurze Touren wird man das wenige, was man braucht, in

den Taschen mitführen können, und sollte irgend ein Kleiderstück während der Wanderung schadhast werden, so gibt es überall Hilfe. Außer dem, was man am Leibe hat, einem Regenschirm und einem leichten Wettermantel (am besten aus sogenanntem Bodenkstoff, der wasserdicht ist und doch porös), braucht der Wanderer nichts mitzuführen.

4. Man vermeide übermäßige Anstrengungen. Sie verringern das Vergnügen, sind schädlich und überdies zwecklos, weil man am folgenden Tage weniger leistungsfähig ist und ausruhen muß.

5. Gummimäntel und Gummischuhe sind unpraktisch und ungesund.

Wer diese Ratsschläge befolgt, wird sich viel Ärger und Unbequemlichkeiten ersparen, die geeignet sind, die Freude am Wandern zu vergällen.

**Schwankende Gesundheit.** Die Sterblichkeit ist in der Woche des Monats Mai in der Mehrzahl der deutschen Orte erheblich zurückgegangen und weist meist so günstige Verhältnisse auf wie noch nie in diesem Jahr. Im einzelnen betrug sie auf 1000 und aufs Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 60000 Einwohnern in: Aachen 14,5, Altona 9,7, Augsburg 19,7, Barmen 9,7, Berlin 12,8, Biebrich 20,9, Bielefeld 8,9, Bochum 17,6, Bonn 17,8, Borken 17,4, Braunschweig 14,8, Bremen 15,5, Breslau 19,0, Charlottenburg 11,8, Chemnitz —, Danzig 17,0, Darmstadt 12,9, Dessau —, Dortmund 12,7, Dresden 13,6, Deutsch-Wilmersdorf 8,4, Duisburg 12,7, Düsseldorf 8,5, Elberfeld 12,2, Elbing —, Erfurt 8,4, Essen 13,8, Flensburg —, Frankfurt a. M. 11,9, Frankfurt a. O. 19,8, Freiburg i. B. 17,4, Götting —, Gelsenkirchen 9,8, M.-Gladbach 17,4, Gleiwitz 20,5, Görtz 11,1, Gera —, Hagen 10,6, Halle a. S. 15,6, Hamburg 20,1, Hannover 13,8, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 13,6, Kassel 11,2, Kaiserslautern —, Kiel 11,4, Koblenz —, Köln 15,0, Königsberg i. P. 18,2, Königsbrunn 25,9, Krefeld 10,7, Leipzig 11,3, Lichtenberg —, Liegnitz 26,8, Linden 9,8, Lübeck 10,2, Ludwigshafen 14,7, Magdeburg 13,6, Mainz 17,4, Mannheim —, Metz 23,3, Mühlhausen i. C. 22,5, Mühlheim a. B. 13,0, München 16,9, Münster 10,7, Nürnberg 18,9, Oberhausen —, Offenbach 8,8, Osnabrück 9,8, Pforzheim 17,8, Plauen i. V. 10,2, Posen 24,4, Potsdam 10,9, Remscheid 14,6, Rixdorf 11,5, Rostock —, Schneberg 10,8, Solingen —, Spandau 16,1, Stettin 19,4, Straßburg i. C. 13,9, Stuttgart 16,0, Ulm —, Wiesbaden 17,7, Worms —, Würzburg 20,7, Zabrze 17,2, Zwickau 18,4.

**Vorsicht beim Baden.** In jedem Sommer gehen viele Menschenleben beim Baden im offenen Wasser zugrunde, täglich berichten die Zeitungen Unglücksfälle. Es muß daher immer wieder zur Vorsicht gemahnt werden, besonders sollen Eltern ihre Kinder dringend warnen. Natürlich wäre es verfehlt, wenn man den Jungen und Mädchen überhaupt verbieten wollte, ins Wasser zu gehen; denn erstens ist das Baden sehr gesund und zweitens muß einer schließlich doch ins Wasser gehen, wenn er schwimmen lernen will. Doch die des Schwimmens unkundige Jugend muß auf die Gefahren des Badens im offenen Wasser hingewiesen werden; namentlich soll an feinen anderen Stellen als den dafür bestimmten gebadet werden.

**Handelsregister.** Am 11. Juni 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Cour. Fr. Beck in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Aktiengesellschaft in Firma Vorshuf- und Sparverein in Lübeck: Dem Beschluß der Generalversammlung vom 8. März 1907 entsprechend ist das Grundkapital um weitere 200000 Mk. erhöht und beträgt jetzt 1400000 Mk.; 3. bei der Firma L. Schöne in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

**Stadtheater.** Man schreibt uns: Durch den großen Erfolg, der sich bei jeder Wiederholung steigerte, sieht sich die Direktion veranlaßt, „Gretchen“, das übermütige Stück nochmal an einem Sonntag zur Aufführung zu bringen, außerdem wird das reizende Lustspiel „Liebesquartett“ letztmalig wiederholt. In dieser Zusammenstellung wird die morgige Doppelvorstellung, die bereits um 7 Uhr beginnt, gewiß allgemeines Interesse und rege Teilnahme finden. Die Erstaufführung von „Lokomotivführer Claussen“ muß bis Dienstag verschoben werden, jedoch sind Einlaßkarten schon von heute ab in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. Für Montag ist eine Wiederholung der mit so jubelndem Beifall aufgenommenen Operetten-Posse „Flotte Welber“ vorgesehen.

**W. Mülln i. Bg.** Liberale Parteien in Baden. Der größte Teil der hiesigen liberalen Bevölkerung ist in nicht geringe Aufregung versetzt und das kommt so: Hatte die Müllner Bürgerschaft in den letzten Jahren bei den Kommunalwahlen an der Zusammenfassung der städtischen Verwaltung wenig Interesse gezeigt (im Jahre 1905 beteiligten sich an diesen Wahlen 4 Proz.), so sollte dies anders werden, als Dr. Hecker Reichstagsabgeordneter geworden war. Man wollte versuchen, liberale Elemente in das Magistrats- und Stadtverordnetenkollegium zu bekommen, mußte aber mit der Abhängigkeit der meisten kleinen Handwerker bei der öffentlichen Stimmenabgabe rechnen, denn wenigstens einige der durch die jahrelange Laubheit in die Kollegien gewählten Vertreter gebrauchten ihre Macht nach dem Grundsatz: „Willst Du nicht mein Bruder sein, schlag ich Dir den Schädel ein“ und schädigen wirtschaftlich jeden, der es wagt, wider den Stachel zu löten. So lange nun der Liberalismus selbst „nix zu leggen hett“, ist er hier wie anderwärts für größte Wahlfreiheit, sogar für geheime Stimmenabgabe bei Kommunalwahlen. Da aber die geheime Stimmenabgabe sich im Handumdrehen nicht einführen läßt, verfielen unsere Heckerleute auf folgenden Ausweg: Man will öffentliche Kommunalwählerversammlungen einberufen, in welchen durch geheime Abstimmung der Kandidaten zur ev. bevorstehenden Wahl gewählt werden sollen und dann soll jeder Wähler die Pflicht haben, am Wahltage für diese Kandidaten einzutreten, unbeschadet der von anderer Seite in Vorschlag gebrachten Kandidaten. Wenn auch durch dieses Verfahren an der ganzen Sachlage wenig oder gar nichts geändert wird, so waren unsere Liberalen von ihrer grandiosen Idee doch ganz begeistert und zur bevorstehenden Stadtratswahl sollte die Probe auf das Exempel gemacht werden. (Hier ist zu bemerken, daß bei Stadtratswahlen eine von den Kollegen bestimmte, aus Kollegienmitgliedern zusammengesetzte Präsentationskommission drei Kandidaten vorzuschlagen hat). Unsere Liberalen berufen also im Verfolg ihres gesteckten Ziels eine Wählerversammlung ein, die von 85 Wählern, ungefähr 20 Proz. der Wählerschaft, besucht war und beschloß durch geheime Abstimmung endlich drei ihrer Leute als wünschenswerte Kandidaten für den Stadtrat heraus und fassen auch den Beschluß, an die Präsentationskommission das Gesuchen zu stellen, wenigstens einen der in öffentlicher Versammlung durch geheime Abstimmung Erfohrenen bei der Präsentation zu berücksichtigen. Schon in der betreffenden Versammlung erklärte privatim ein nicht liberaler Stadtrat, von den hier vorgeschlagenen wird doch keiner mitpräsentiert und infolge dieses Ausspruchs wurde nun am Dienstag usw. die Frage ventiliert, ob man es wagen würde, die 85 Versammlungsbesucher so zu brüskieren und deren Vorschläge bei der Präsentation zu übergehen. Und man hat es gewagt. Nach

der hiesigen Zeitung wird die Stadtratswahl am 26. d. Mts. stattfinden und von den von der Versammlung gewünschten Herren ist keiner mitpräsentiert. Alle werden nun unsere Heckerleute diese Oberseite parieren. Auf dem im Jahre 1906 hier abgehaltenen Städtetage spielte die Änderung des Kommunalwahlrechts eine große Rolle und in seinem Vortrage hierzu sagte Oberbürgermeister Rör-Neumünster: Welche Erschütterung kann das kommunale Leben erfahren, wenn der überwiegende Teil der Bürgerschaft die präsentierten Kandidaten sämtlich ablehnt, und welcher Sturm der Entrüstung wird sich erheben, wenn diejenige Persönlichkeit, deren Namen in aller Munde ist, zur Wahl nicht vorgeschlagen ist. — Werden unsere Liberalen diesen Sturm entfachen oder werden sie, getreu der von ihrem Reichstagsabgeordneten gelübten Art, die linke Backe hinhalten, wenn sie auf die rechte Backe einen derben Streich appliziert erhalten, wenn dieser Streich nur von oben kommt? Für die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist es zwingende Notwendigkeit, den Vorgängen auf kommunalem Gebiet mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher und durch Beteiligung an den Wahlen der Situationswirtschaft ein Ende zu machen.

**Grevesmühlen.** Ein schreckliches Unglück. In Greifswald bei Grevesmühlen gab ein zwölfjähriges Mädchen Petroleum ins Feuer. Die Flamme schlug in die Petroleumkammer zurück und brachte sie zur Explosion. Mit brennenden Kleidern stürzte das Kind aus dem Hause, doch trug es, bevor die Flammen erstickt werden konnten, so schwere Brandwunden am Unterleibe und den Beinen davon, daß es am anderen Morgen nach entsetzlichen Qualen starb.

**Hamburg.** Attentat auf einen Eisenbahnzug. In ein Abteil 3. Klasse eines nach Othsdorf fahrenden elektrischen Zuges wurde vorgestern in der Nähe der Ernst-Werckstraße geschossen. Die Kugel zertrümmerte die Fensterscheibe, ohne glücklicherweise einen der Passagiere zu verletzen. Die nach Ankunft in Othsdorf eingeleitete Untersuchung hat noch zu keinem Ergebnis geführt.

**Harburg.** Der beleidigte Rechtsanwalt. Unsere Harburger Parteigenossen haben sehr häufig empfinden müssen, daß der Rechtsanwalt des Harburger Schöffengerichts, Heidmann, sie im Gerichtssaal fühlen ließ, wie sehr er sich über die Sozialdemokratie erhaben fühlt. Diese Erhabenheit zeigte sich auch in einem Prozeß gegen die Genossen Seiden-schauer, Kröger und Genossen wegen Übertretung des § 10 des verfallenen Vereinsgesetzes, der am 10. Januar d. J. vor dem Harburger Schöffengericht verhandelt wurde. Das Verhalten des Rechtsanwalts Heidmann in dieser Verhandlung gab dem „Harburger Volksblatt“ Anlaß zu einer scharfen Kritik. Der Herr Rechtsanwalt, der so häufig Maßnahmen, Reden und Schriften der Sozialdemokratie mit den schärfsten kritischen Ausdrücken unter dem Schutz seiner anwaltlichen Stellung belegt hat, fühlte sich durch die Kritik des „Volksblatt“ natürlich sehr beleidigt und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Zieffe, der sich deswegen vor der Strafkammer in Stade zu verantworten hatte. Durch verschiedene Zeugen wurde nachgewiesen, daß der Rechtsanwalt in der Tat gegen Angeklagte, die der sozialdemokratischen Partei angehören, immer ein mindestens sehr sonderbares Verhalten in den betreffenden Verhandlungen gezeigt hat, so daß die Empörung unserer Genossen über den Herrn Rechtsanwalt wohl berechtigt war. Der Staatsanwalt anerkannte, daß ein Richter und ein Staatsanwalt sich wohl der Kritik der Öffentlichkeit unterwerfen müßte, der Artikel des „Volksblatt“ überschreite aber die Grenzen berechtigter Kritik. Er beantragte einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz, Altona, beantragte in längeren Ausführungen Freisprechung. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Mk.

**Kiel.** Die Unterschlagungen auf der Kaiserlichen Werft wollte sich der aus Hamburg zur gereifte stellenslose Handlungsgehilfe Robert Wiedow zunutze machen. Er versuchte, von den Angehörigen zweier der wegen der Affäre Verhafteten Geldbeträge zu erpressen. Als er jedoch die erwarteten Geldbeträge von der Post abholen wollte, wurde er festgenommen und in Haft abgeführt. — Ein neuer Arbeiterssekretär für Kiel. In der Sitzung der Gewerkschaftskartelle Kiel und Dietrichsdorf am Donnerstagabend wurde für den am 1. Juli auscheidenden Genossen Weber der Genosse P. Rißan in Arnswalde i. L. als Arbeiterssekretär gewählt.

**Rostock.** Ein entsetzlicher Unfall hat sich in Broderstorf zugetragen. Der Erbpächter Rüböldt, ein in den 50er Jahren stehender rüstiger Mann, wurde durch einen wütend gewordenen Bullen so zugerichtet, daß er sofort seinen Geist aufgab. Das Tier, welches sich schon mehrfach unruhig gezeigt hatte, riß sich am Nachmittag los und lief auf den Hof, wo es den Kuhfütterer angriff. Der Erbpächter eilte dem bedrängten Manne zu Hilfe, worauf sich der Stier diesen zum Angriffsobjekt aussuchte. Das wütende Tier nahm den Mann auf die Hörner und schleuderte ihn mit solcher Wucht gegen die Wand, daß der Bedauernswerte, wie erwähnt, bald darauf starb. Der ursprünglich angegriffene Kuhfütterer hatte sich inzwischen in Sicherheit gebracht, doch erlitt auch er verärrliche Verletzungen, daß er nach Rostock in die Klinik gebracht werden mußte. Verbelegte Knechte gingen dem wütenden Tiere mit der Feuerwaffe zu Leibe. Ein Schrotschuß traf ihn schwer am Kopfe.

**Walt.** Die Betrügereien auf der Wilhelmshavener Werft. Aber die Art und den Umfang der Betrügereien auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven, sowie deren Entdeckung sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Die „Ostend. Nachr. f. Stadt und Land“ bringen nun in ihrer letzten Nummer aus Wilhelmshaven einen Artikel, der diese Gerüchte im großen und ganzen wiedergibt. Es heißt dort: „Es war der Werftverwaltung aufgefallen, daß bei Lieferungsangeboten die Preise eines gewissen größeren Lieferanten regelmäßig einige Pfennige niedriger bemessen waren, als die Forderung der danor. mindestfordernden Firma. Ohne weiteres wandte sich die Werftdirektion, die davon in Kenntnis gesetzt wurde, an die Kriminalpolizei, die auch gleich darauf zwei Kriminalisten auf die Werft schickte. Währenddessen hatte sich der Verdacht auf einen Bureaudienner gelenkt, der sein Zimmer unweit eines Spritzenurmes auf der Werft hatte. Von dem Spritzenurme aus beobachteten die Kriminalbeamten mit Feldstechern den Verdächtigen tagtäglich in seinem Arbeitszimmer und stellten bald fest, daß er sich auffällig viel mit schriftlichen Arbeiten beschäftigte, obwohl er wenig damit zu tun hatte. Er öffnete nämlich die angekommenen Angebote für ausgeschriebene Lieferungen, machte sich Abschriften davon und verlegte die erbrochenen Kuverts wieder vorsichtig. Eines Tages wurde ihm dann unbemerkt Hauspapier auf sein Pult gelegt. Nichts ahnend, öffnete er am folgenden Tage wieder Kuverts und machte sich Abschriften, die er dann an sich nahm. Als sich dann die Kriminalisten in sein Zimmer begaben und ihn nach seiner Arbeit befragten, machte er zunächst allerhand Ausflüchte, konnte aber nichts mehr leugnen, als der eine Kriminalist aus seinen auf dem Pulte liegenden Papieren die von ihm selbst unbewußt gemachte Hausarbeit hervorholte und ihn nach deren Herkunft befragte. Somit waren zwei Hauptfaktoren im Schwindelgeschäfte, der Bureaudienner und die betreffende Firma, einflussreich ermittelt. Wie verlautet, sollen die

Schwindelgeleien zum Teil 10—15 Jahre zurückliegen. Die Staatsanwaltschaft wird nun zunächst alle darauf bezüglichen Akten revidieren lassen.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingegangen.)

#### Au die Güterbodenarbeiter der Lübeck-Wilchener Eisenbahn.

Arbeitskollegen! An uns ist schon wiederholt die Anforderung gestellt worden, uns der Organisation anzuschließen, um den Maßregelungen und der unwürdigen Behandlung, die uns der Herr Güterverwalter Hammerich zuteil werden läßt, energisch entgegen treten zu können. Wie dringend nötig dies erscheint, will ich im nachstehenden beweisen. Ein alter Güterbodenarbeiter war die Festtage über verreist, verpaßte am zweiten Feiertagabend den letzten Zug und konnte natürlich erst am anderen Tage reisen, infolge dessen konnte er am Dienstag morgen nicht zur Arbeit erscheinen. Als der betr. Arbeiter nun nachmittags wieder kam und sich bei Herrn Hammerich entschuldigen wollte, wurde derselbe mit den Worten nach Hause geschickt, er solle am Donnerstag wieder kommen, also mußte der Arbeiter sein „schweres Vergehen“ mit zwei Tagen unfreiwilligem Urlaub büßen, das macht einen Lohnausfall von 7,20 Mk. Gewiß eine angemessene Sühne nach Ansicht des Herrn Güterverwalters. Ob Herr Hammerich überhaupt die Befugnis hat, einen Arbeiter so ohne weiteres zu bestrafen, ist noch sehr fraglich. Schreiber dieses ist der Überzeugung, daß der betr. Arbeiter die Arbeit sofort hätte wieder aufnehmen können, wenn er sich bei der Direktion beschwert hätte. Dann hätte ihn aber Herr Hammerich auf andere Art und Weise gemahnt. Ein anderer Arbeiter, welcher Umstände halber nicht zur Arbeit erschien, wurde, als er wiederkam und sich entschuldigte, kurzerhand entlassen. Herrn Hammerich kamen aber anscheinend Bedenken; er gab dem Arbeiter Befehl, daß er wieder anfangen könne, worauf natürlich der betr. Arbeiter nicht einging. Für das geringste Vergehen droht Herr H. gleich mit Strafurlaub und Entlassung. Noch eins: Am Pfingst-Sonntagabend, wo doch ein jeder froh ist, möglichst früh nach Hause zu kommen, hielt Herr H. die Arbeiter, trotzdem die Arbeit fertig war, zurück, damit ihnen ja nicht eine Minute geschenkt würde. — Nun steht wiederum das Volksfest vor der Tür, wo doch bekanntlich die Direktion den Arbeitern Bier und Zigarren spendiert. In diesem Tage ist es den Güterbodenarbeitern großmütig erlaubt, auf dem Boden Bier zu trinken, was sonst auf das strengste verboten ist. Bei dieser Gelegenheit finden sich immer wieder Dumme, welche den Herrn Hammerich für all das „Gute“, was er ihnen erwiesen hat, herzlich danken und zum Schluß auch noch hochleben lassen. Herr H. gibt aber den Arbeitern wahrlich keine Veranlassung, sich bei ihm zu bedanken. Kollegen! Aus vorstehendem könnt Ihr ersehen, welche Behandlung der Herr Güterverwalter Hammerich uns angedeihen läßt. Wir aber können und dürfen uns solche Behandlung nicht gefallen lassen. Dagegen hilft nur ein Mittel und das ist der Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter der Lübeck-Wilchener Eisenbahn in der Organisation.

Ein aufgeklärter Güterbodenarbeiter.

### Letzte Nachrichten.

**Berlin, 12. Juni.** Wegen Sittlichkeitsvergehen an Kindern wurde der 30jährige Bäckergehilfe Rosnigt zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Er hatte Anfang Mai Kinder in ein Kinematographentheater genommen und sich während der Vorstellung, als die Räume verdunkelt waren, in schlimmster Weise an den Kindern vergangen.

**Berlin, 12. Juni.** Gestern hat sich im Grunewald der 18jährige Oberprimaner St. aus Steglitz erschossen, weil er fürchtete, beim Abiturientenexamen zurückgestellt zu werden.

**Stettin, 12. Juni.** Beim Baden in einem Wasserstümpel auf den Kemiger Wiesen erkrankte gestern ein neunjähriger Schüler, als er in eine morastige Stelle geriet. Ein zehnjähriger Mitschüler, der ihm helfen wollte, fand ebenfalls den Tod.

**Köln, 12. Juni.** Die Obduktion der Leiche des aufgefundenen Knaben Hammer hat ergeben, daß ein Lustmord nicht vorliegt. Hammer hatte in den Abendstunden beim Tennisplatz im Stadtwald 1 Mt. 20 Pf. als Balljunge verdient; er hatte seinen Spielfameraden und seiner näheren Umgebung hierüber seine Freude zu erkennen gegeben. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß irgend ein Strolch es auf das Geld abgesehen hatte und den Knaben im Dickicht ermordete. Der Tod ist durch strangulierung eingetreten.

**Köln, 12. Juni.** Gestern abend wurde am Forsthaus im Stadtwald die Leiche eines seit dem 9. Juni vermißten 10jährigen Knaben aufgefunden. Laut der „Kölnischen Zeitung“ liegt anscheinend Lustmord vor.

**Müsseldorf (Gessen), 12. Juni.** Ein 14jähriger Knabe erkrankte mit einer Piffelole, die er gefunden hatte, aus Unvorsichtigkeit seine 13 Jahre alte Schwester.

**München, 12. Juni.** Freitag nachmittag entstand im Kellerraum des Hauptbahnhofes aus bisher unbekannter Ursache eine Explosion, wobei zwei Bahndienstleute schwere Brandwunden erlitten.

**Zabrze, 12. Juni.** Heute mittag verunglückte ein Steiger in dem in Abteufung befindlichen Schacht 2 der Bilshawitzer Grube dadurch, daß sich der Schachtstempel, in dem er sich zur Aufsicht befand, vom Seil löste und in den etwa 250 Meter tiefen Schacht stürzte. Ein unten stehender Häuer wurde erschlagen, drei weitere Bergleute wurden verletzt. Die Leichen wurden geborgen.

**Rotterdam, 12. Juni.** In dem Hafen Delfzijl entstand vergangene Nacht eine Explosion auf dem nach Gorden bestimmten Tankschiff „Widder Trom“, das mit 25 Fässern Benzin beladen war. Die im Hafen liegenden Schiffe mußten nach der See flüchten. Das Schiff sowie ein Leichter verbrannten.

### Briefkasten.

**R. P.** Auch diese Strafen werden im Führungsattest aufgenommen.

**2 Streitende.** Unseres Wissens hat das neue Zentralgefängnis keine Wasserlosets in den Zellen.

**S. W.** Die Reichstagsabgeordneten erhalten weder Gehalt noch Reisevergütung. Vielmehr bekommen sie seit 1906 eine Aufwandsentschädigung von 3000 Mk. für das Jahr und freie Reise über ganz Deutschland. Für jede Sitzung, zu der sie nicht erscheinen, werden ihnen aber 20 Mk. abgezogen.

### Schiffsnachrichten.

**D. „Porthan“** ist gestern morgen von Gangö auf hier abgegangen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung; Verleger: Th. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

# Schuhwaren-Räumung

in der Filiale von

## Hugo Haendler

Lübeck, Breitestrasse, Ecke Pfaffenstr.

zur Regulierung des Nachlasses.

Bis Ende ds. Mts. muß der Laden geräumt werden, die Preise sind deshalb

**weiter bedeutend herabgesetzt,**  
teilweise erheblich unter Einkauf.

Außerdem wird der

### Ausverkauf im Hauptgeschäft Breitestraße 95,

woselbst sich **enorme Waren-Quantitäten**  
**erstklassiger Fabrikate** befinden, in **unver-**  
**änderter Weise** fortgesetzt.

Der Nachlaßpfleger.



St. Lorenz erstes u. ältestes  
**Motor-  
und Fahrradhaus**  
**H. Benthien**  
Fackenburger Allee 53.  
Grösste Reparaturwerkstatt.  
Eigene Vernickelungs-  
und Emailier-Anstalt.  
Vertreter der Claes Pfeil und  
Naumanns Germania-Fahrräder.

**Carl Folkers**  
**Möbel-Magazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollständige Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Grösste Auswahl!  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
Teilzahlung gestattet.  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gehe rote Lubeca-Marken.

Gut gearbeitete

## Möbel

speziell **Schlafstufen** liefert von  
den billigsten bis zu den modernsten  
sehr billig die

**Möbel-Fabrik mit Motorbetrieb**  
Sadowastr. 11.

Man verlange Musterbücher.

## Ein Tor

Ist Jeder, der sich nicht mit der echten Stecken-  
pferd-Milchmisch-Seife  
von Bergmann & Co., Radebeul,  
Schutzmarke: „Steckenpferd“, wäscht.  
Diese erzeugt ein zartes reines Gesicht,  
reißes jugendfrisches Aussehen, weiße  
sammetweiche Haut und blendend schönen  
Teint.

à St. 50 Pf. bei: Ferd. Kayser,  
Herm. Blaser, C. Dungen,  
Heinr. Heickendorff, Carl Schmidt,  
Rud. Karstadt, Wilh. Bandholz,  
Bluhme Jepsen, Aug. Prösch,  
H. Wittmack,  
sowie in der Löwen-Apotheke.

**Meyer's Fahrrad**  
**Marke „Schnell A“**  
ist das stärkste Gebrauchsrads für Arbeiter  
und Geschäftsleute.

**Johs. Meyer**  
Königsstraße 51.

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Gold-  
arbeit., Fünfhaus 18.

Eine gute Bezugsquelle bester Sorten neuer  
Matjesheringe in Gebüden jeder Größe und  
in Dosen von 10, 20 oder 40 Stück, neuer  
Kartoffeln in Kisten und Anbruch, allerfeinster  
Herbstfangfetterheringe ist die Heringsgroß-  
handlung von  
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,  
Lübeck, Giffafabrik. — Begr. 1825.  
NB. Wer einen guten haltbaren Hering führen  
muß, nehme Fetterheringe im Herbst gefangen.

Eine Partie  
**Platten-Sprech-Apparate**

mit 3 Stück 25 cm großen Konzertplatten  
18-30 Mark pro Stück, sonstiger Preis 28-40 Mt.

**500 Stück 25 cm-Platten,**

1a. Fabrikat,  
pro Stück 1.— Mark und 1.20 Mark.

**Meyer & Eggert, Königsstraße 116.**



**Zahn-Atelier**  
**Karl Seeler**

Breitestr. 85, 87 I (Ecke Huxstr.)

## Stellung

finden Sie am  
besten durch  
ein Inserat am  
richtigen Platze

Kostenlose Beratung durch  
Hansenstein & Vogler A. G.,  
Älteste Annoncen-Expedit.,  
Lübeck, Markt 16, 1.

**Goldene u. silb. Uhren**

gut und billig.  
**L. S. Baruch**, Pfandleihgeschäft,  
Königsstraße 35.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Ver-  
lobungs-Ringe an meine Arbeiter-  
Kundschaft verkaufe.

G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.



Wir alle schätzen den Wert der  
**Hansa-Meierei als Milchlieferantin.**  
Buttermilch, Vollmilch in Flaschen 5 und 10 Pfg.

Freiverkauf.

1a. täglich frische Butterung Grassbutter, Tagesmilch etc.



## Vorsichtig

wollen Sie sein beim Einkauf von Beilschen-Seifen-  
pulver „Goldperle“ mit den hübschen Beilagen  
in jedem Paket. Achten Sie genau auf den Namen  
„Goldperle“ und die Schutzmarke Raminseger.

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das  
**Waschmittel**  
der  
**Zukunft!**

Garantiert chloretfrei  
und unschädlich.



Erzeugt  
dauernd  
blendend weiße  
Wäsche!

Millionenfach  
erprobt!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf

## Die deutsche Lehrerversammlung in Dortmund.

Es waren keine großen Erwartungen, die man auf die deutsche Lehrerversammlung, die dieser Tage in Dortmund tagte, gesetzt hatte. Weder in der Lehrerschaft, noch außerhalb ihrer Kreise. Welche Umstände und Momente hätte sie auch bedingen sollen? Etwa die Verhandlungsthemen, die auf der Tagesordnung standen? Nun, die Reichsschulbehörde hat bereits vier Lehrtage beschäftigt — eine jener Fragen, die nicht zum Leben und nicht zum Sterben kommen — und auch das Thema des Lehrermangels erweist sich seit mehr als einem Menschenalter von unverwundlicher Lebenskraft und Aktualität. Aber den Verhandlungen einen besonderen Glanz und einen lebhaften rhytmischen Aufschwung zu geben, dazu reichten beide nicht aus. Wo der Stoff verlagte, sollte der Name wirken. Man hatte Natorp, den Marburger Professor, der sich als Verfasser des bekannten Werkes über Sozialpädagogik einen Namen gemacht hat, für den Festvortrag gewonnen. Darin lag ein eigener Reiz. Ihm galt denn auch das regste Interesse der Lehrerschaft; seinem Vortrage über Volk und Schule Preußens vor hundert Jahren und heute wandten sich die drängenden Erwartungen des ersten Verhandlungstages zu.

Ein lockendes Thema! Besonders für einen Mann von der seltenen Begabung Natorps. Wie ließ sich gerade in diesen Tagen, da das preussische Volk noch stich unter dem aufrüttelnden Sturm der Landtagswahlen steht, die freche brutale Reaktion des Junkerstaates brandmarken! Jena und Elft, der Zusammenbruch der feudalen Herrschaft, die abgrundtiefe soziale und geistige Not der arbeitenden Stände — welche Bilder von historischer Eindringlichkeit und Wucht ließen sich da entwerfen! Welche Parallelen taten sich da auf zwischen Volksleben und Bildung, wirtschaftlicher Kraftverteilung und geistigen Interessen. Und aus dem tiefen Verfall, dem nationalen Bankrott, der die überlebte Herrschaft der feudalen Klasse krönte, führte eine aufsteigende Linie heraus, gezeichnet von dem Wirtschaftsaufschwung, der an den Namen des erwachenden Kapitalismus geknüpft ist. Und damit werden im Bildungswesen neue Tendenzen lebendig. Früher und hinterher spinnen sich die Fäden. Das Interesse der Bourgeoisie an der Bildung und geistigen Kultur der Massen wächst zunächst in dem Maße, in dem die aufsteigende Entwicklung der Industrie, bekämpft von der mittelalterlichen Bildungseifersucht des Junkertums, des denkfähigen Hirns und der sinken Hand des Proletariats bedrängt. Dann aber, auf einer gewissen Höhe, schlägt der Kultureifer des Besitzes um. Jetzt wird die Bildung der Masse, die zur Erkenntnis erwacht, dem Geldsack gefährlich. Und im Nu fetter das Band der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen den einseitigen kapitalistischen Schulfreund an den junkerlichen Schulfreund, und die gemeinsame Kampffront ist gegen die Arbeiterschaft gerichtet. So konnte Natorp in wundervoller Weise die inneren Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Schule, Klasseninteresse und Bildungspolitik bloßlegen. So konnte er für die Schulschmach unserer Tage, für die zunehmende Verpöpfung der Volkserziehung die tiefsten ökonomischen Ursachen aufdecken und für das Verständnis ihrer Zeit, ihrer Berufsstellung, ihrer Aufgaben den Lehrern den Schlüssel in die Hand geben!

Weider versagte Professor Natorp gerade in den Punkten, auf denen das Schwergewicht wirtschaftsge-schichtlicher Erkenntnis ruht, so gut wie völlig! Er verlor sich in einem alle historische Tatsachenlogik unbarmherzig umstrickenden Rankenwerk krauser Ideologie, das ihm stets den Arm zurückzieht, wenn er schon einmal zu einem herzhaften Schlage gegen Junker und Mucker ausholen wollte. „Um die festliche Stimmung nicht zu stören“, schenkte er sich und den Lehrern, von denen nur ein kleiner Kreis seinen mit dünner Stimme vorgetragenen Gedankenreihen hatte folgen können, die Kritik gerade da, wo sie am unerläßlichsten war! Erst als er gegen das Ende hin einen de-plazierten Vorstoß gegen die Konfessionsschule unternahm und ein wenig in Zukunftsmusik machte, indem er in flüchtigen Konturen ein Bild der Idealschule zukünftiger Zeitalter entwarf, fand er das Ohr der Versammlung, das er bis dahin vergeblich gesucht hatte.

Mochte Natorp enttäuscht und viele Hörer unbefriedigt gelassen haben, sein Vortrag offenbarte doch Geist, Wissen, Belesenheit, Schulung. Wie schroff und deprimierend war der Abfall, in den unmittelbar nach ihm der Reichstagsabgeordnete Sommerburg mit seinem Vortrage über die Notwendigkeit und den Wirkungskreis einer Reichsschulbehörde geriet. Ein Blockgenosse liberaler Couleur mit all der Lebendigkeit und kraftvollen Unentschlossenheit, die diese wackeren Kämpfer ziert. Reichsschulbehörde, gemiß! Aber nur, wenn Bernhard Bülow damit einverstanden sein würde und wenn es keine Hindernisse dabei zu überwinden gäbe. Der Blockfriede darf um keinen Preis gestört werden!

Die Debatte, die dem mit monotoner Langweiligkeit abgelesenen Vortrage folgte, vermochte nicht, sich über das recht mäßige Niveau emporzuschwingen. Ein Hamburger, ein Leipziger und ein Heilbronner Lehrer wollten Aufgabe und Wesen der Reichsschulbehörde weiter und großzügiger ge-dacht wissen. Reichsschulgesetz, Einheitschule vom Kindergarten bis zur Universität, Trennung der Schule von der Kirche lauteten ihre Forderungen, für die sie freilich nicht mit dem ganzen Nachdruck und der vollen Kraft ihrer Person eintraten. Es gelang ihnen daher nicht, eine nennenswerte Erfolgsgeschichte zu finden. Am aber allen Overtuallitäten vorzubeugen, begab sich Blockbruder Kopp in die Arena, um mit der widerlichen Gespreiztheit, die alle Emporkömmlinge kennzeichnet, sein Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Die Zuhörererschaft tat, wie ihr ge-heßen: sie nahm die Leitfäden Sommers an.

Wohr der unerträgliche Phrasenschwulst sollte noch nicht zu Ende sein. Am Mittwoch wurde Lems, der Unvermeidliche, auf die Versammlung losgelassen. Er markierte den jovialen Biedermann, der gut gefrühstückt hat. Beliebte daher andauernd zu scherzen. Und gefiel sich ungeheuer in der Rolle des Späzmalers. Er sprach über den Lehrermangel. Nichts Neues und nichts von Bedeutung. Aber reichliche zwei Stunden. Alle den Lehrermangel behandelnden Artikel der pädagogischen Presse, die während der letztverflohenen Monate erschienen sind, feterten in seinem Referat ihre Auf-erhebung. Was mit Zahlen und Tatsachen auszurichten war, wurde von ihm geschickt und ausweichend ins Wert-gesetz, so daß keine Ausführungen ein abgerundetes und

im großen ganzen erschöpfendes Bild von der Misere des Lehrermangels gewähren dürften. Unausstehlich war dabei aber sein krampfhaftes Bemühen, bei der Teilnehmererschaft um jeden Preis Erheiternd wirken zu wollen. Die Sucht, mit großen Effekten sich Popularität und Erfolg zu sichern, verleitete ihn zu einer geradezu unwürdigen und empörenden Behandlung des Stoffes. Weider tat ihm die Lehrerschaft den Gefallen, auf seine demagogischen Kniffe zu reagieren. Der Erfolg spornte ihn immer mehr an, Witze und spöttische Bosheiten über Geheimräte, Kultusminister und andere von den Lehrern sonst ehrfürchtig be-lagbuckelte Respektspersonen steigen zu lassen, so daß er schließlich unter ohrenbetäubendem Applaus und frenetischer Begeisterung der Zuhörer sein Referat beenden konnte. Sach-lich hat sein Vortrag nichts zur Klärung und tieferen Er-fassung der Frage des Lehrermangels beigetragen. Anstatt die ökonomisch bedingte grundsätzliche Ablehnung der Volks-bildung durch den Besitz als letzte Ursache der unwürdigen Besoldung und Behandlung der Lehrerschaft darzulegen, paukt Lems auf Personen los, die nach seiner Behauptung an allem Schuld sind. Was Wunder, daß, wenn Lems den verflochtenen Studi in den Abgrund der Hölle stößt, nach derselben unhistorischen Logik ein Bausch darauf den Hölle in den Himmel hebt. „Unsere Hoffnung ist die Persönlichkeit des Kultusministers.“ Wir hoffen und erwar-ten, daß unser Kultusminister das Brandmal von der Stirn der preussischen Volksschule auslösche.“ Die Beleuchtung, daß Minister nur Hausknechte des jeweils herrschenden Systems sind, ist den „Schulpolitikern“ Bausch und Lems noch nicht aufgegangen.

Das Wahrzeichen Dortmunds ist die alte Femlinde, die am Bahnhof ihre dürren Äste in die Lüfte reckt. Das Bauerngericht, das sich vor Jahrhunderten an dieser Fem-linde abspielte, pflegte mit folgenden Fragen des Fronen eingeleitet zu werden:

„Wollt Ihr, Herr Richter, mir erlauben, daß ich mein Schwert ausziehe?“ — „Ja, ziehe aus Dein Schwert!“ — Der Fronen zog das Schwert, schwenkte es dreimal über dem Kopfe und rief: „Wapen, Wapen, Wapen, alle, die unter dem Schwerte von Dortmund sitzen, sollen meinem Herrn gehorsam sein.“ — „Herr Richter, wollt Ihr mir erlauben, daß ich mein Schwert wieder einstecke?“ — „Ja, stecke Dein Schwert wieder ein!“

Diese Femszene ist ein Symbol für die Verhandlungen des Lehrtages. Wollt Ihr hohen Herren von der Regie-rung erlauben, daß wir mit einigen Einrichtungen der Schule nicht zufrieden sind? Wollt Ihr erlauben, daß wir darüber diskutieren und uns ein wenig entrichten? Habt keine Angst, daß es ernsthaft werde mit unserem Jörn; wir reden nur, zur Tat fehlt uns die Kraft. Wollt Ihr, hohe Herren, noch zuverlässigere Beweise für unsere Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit haben, als wir sie bereits geliefert?

Die Lehrer stecken das Schwert, mit dem sie zaghaft ge-pielt haben, vorsorglich wieder in die Scheide. Und alles bleibt beim alten.

Gottlob, daß das Schicksal der Schule nicht ausschließlich in den Händen der Lehrer liegt! („Vorwärts“.)

## Gardeprügel.

Die in Berlin garnisierenden Garde-Regimenter sollen die Elite der Armee sein. Sie stehen, wie uns oft gesagt wird, „unmittelbar unter dem Auge des Kaisers“, d. h. natürlich, wenn er nicht verreist ist. Ihre Offiziere sind sämtlich Edelste und Beste der Nation, und selbst die Mannschaften sind einer gewissen Auslese unterworfen, da man unter ihnen die „unverdorbenen Söhne“ des platten Landes den „verdorbenen Großstadtkindern“ vorzieht. Alle diese glücklichen Umstände haben aber nicht zu verhindern vermocht, daß die Geschichte der Garde seit einer Reihe von Jahren eine Serie von Skandalen ist, daß Soldaten-schändereien an der Tagesordnung sind (Breitenbach u. a.), daß skandalöse Schlüsselromane erscheinen (der „Zitronen-falter“, Roman des Grafen Baudissin) und daß „ganze Regimenter“ für päderastisch „verleucht“ erklärt werden. Päderastisch verleucht durch Beste und Edelste der Nation (Hohenau-Lynar). Augenblicklich steht die Garde wieder im Zeichen der Mißhandlungsprozesse. Nachdem erst letzte Woche, infolge der Wahlaufregungen leider zu we-nig beachtet, acht Angeklagte von der Garde-Artillerie wegen viehischer Behandlung junger Mann-schaften zu verhältnismäßig geringen Strafen verur-teilt worden waren, stehen jetzt zur Abwechslung fünf Un-teroffiziere und der adlige Leutnant v. Bültrings-höven vom 4. Garderegiment zu Fuß wegen ähnlicher Straftaten vor Gericht. Es ist wieder dasselbe schäufliche Bild, wie j. Bt. im Falle Breitenbach, der auch dem 4. Garderegiment zu Fuß angehört, und neulich im Fall Schamm. Über 600 Fälle stehen abermals unter Anklage. Aber von den adeligen Offizieren, die als Zeugen vernom-men werden, hat keiner etwas von Mißhandlungen be-merkt, und einer, der frühere Kompaniechef Major Graf v. Görz, erklärt sogar unter seinem Eide, jeder Kompaniechef könnte stolz sein, wenn er solche Unteroffiziere hätte!

Die Berliner Gardisten lernen in ihren Kasernen ein schönes Lied, worin es heißt: „Das ist der Kaiser, der seine Garde liebt.“ Leider ist, wie man sieht, die Liebe des Kaisers allein nicht imstande, die Mannschaften vor Mißhandlungen und anderen schlimmen Anfechtungen zu bewahren, sondern es ist nötig, daß ihr die schärfste sozialdemokratische Kritik in der Presse und im Reichstag helfend zur Seite tritt. Aber freilich leider — wo ist der Reichstag?

Das Urteil in diesem Prozeß, auf den wir noch zurückkommen werden, wurde gestern abend gefällt. Es lautet gegen den Sergeanten Balk auf ein Jahr drei Monate und einen Tag Ge-fängnis und Degradation, gegen den Vize-feldwebel Holzappel ein Jahr Gefängnis und Degradation, gegen Biemann elf Mo-

nate und drei Wochen Gefängnis und Walter vier Wochen gelinden Arrest. Die Angeklagten Feldwebel Buchhop und Leutnant von Bülkinglöwen wurden freigesprochen.

## Soziales und Parteileben.

**Witte!** Zur Errichtung einer kleinen Bibliothek für die in Diemlach bei Bruck a. M. (Steiermark) über 100 Mit-glieder zählende Eisenbahner-Ortsgruppe und für die neu-gegründete Lokalorganisation wird hiermit um Bäckerspenden guten, unterhaltenden und belehrenden Inhalts gebeten. Spenden sind zu richten an Hans Hammerstorfer, Arbeitersekretär in Bruck a. M., Mittergasse 24.

**Vom Terroristenbund der Grubenbarone.** Ein auf Zeche „Neu-Hierlohn“ beschäftigter Bergmann (Lehrhauer) nahm im Februar dieses Jahres Urlaub zu einer Reise nach seiner Heimat. Am 14. März kehrte er zurück und nahm die Arbeit wieder auf. Gleichzeitig wollte er seinen noch rückständigen Lohn für den Monat Januar im Betrage von 32 Mark erheben. Er erhielt auch die Anweisung vom Steiger, wurde vom Rechnungsführer aber zurückgewiesen mit dem Bemerkten, das Geld wäre schon abgehoben. Da das Geld wirklich nicht zu erhalten war, sah sich der Lehrhauer gezwungen, beim Berggewerbegericht klagbar zu werden. Das geschah. Nun endlich, nachdem er viele Wochen vergeblich auf sein Geld gewartet, erhielt er zwei Tage vor dem Termin das Geld vom Betriebsführer Sievert per Post zugesandt. Die Zeche fühlte sich also im Unrecht, was noch besonders aus folgendem Vermerk auf dem Postabschnitt herorgeht:

„Hiermit fordere ich Sie auf, Ihre Klage zu-rückzuziehen und zwar so frühzeitig, daß ich bis zum 15. Mai, 12 Uhr vormittags, von der Spruchkammer Be-scheid erhalte, daß die Klage zurückgenommen ist und der Termin am 15. cr. ausfällt.“

Sievert, Betriebsführer.“

Der Arbeiter ließ es dennoch zum Termin kommen, denn schließlich lag es im allgemeinen Interesse, die Machens-chaft der Zeche einmal gerichtlich feststellen zu lassen. Das war am 15. Mai. Schon am 16. Mai wurde dem rechtlich lebenden Arbeiter vom Betriebsführer bedeutet, daß es besser sei, er, der Arbeiter, künde, sonst werde ihm gekündigt. Der Arbeiter zog es vor, selbst zu kündigen. Während der Kündigungsfrist erklärte Steiger Schoppe: „Ich werde dafür sorgen, daß Ihnen eine schöne Abkehr ausgestellt wird.“ Wie das gemeint war, sollte der Arbeiter noch erfahren. Er erhielt Arbeit auf Zeche „Bruchstraße“. Auf Zeche „Neu-Hierlohn“ erhielt er aber eine Abkehr als Schlepper, obwohl er in Wirklichkeit Lehrhauer war. Mit dieser Abkehr wurde er aber auf Zeche „Bruchstraße“ zurückgewiesen. Jeden-falls bedeutet die Abkehr einen Uriaasbrief; auf „Bruchstraße“ wurde die Anlegung des Arbeiters verweigert, bis er eine andere Abkehr beibringe. Vielleicht ziert der Gemäßregelte nun auch die „Schwarze Liste“. Damit ist hier wieder der vollständige Beweis erbracht, daß ein Ar-beiter nicht in der Lage ist, den Zehenge-waltigen gegenüber sein Recht zu suchen, ohne sich der Gefahr der Maßregelung aus-zusetzen. Man sieht daran, welchen praktischen Wert dem Institut des Berggewerbegerichts beizumessen ist. Wer sein Wort nicht verlieren will, wer seine Familie nicht dem Glend überliefern mag, muß alles Unrecht stillschweigend über sich ergehen lassen, darf nicht den Gang zum Berg-gewerbegericht wagen. Und in der bürgerlichen Presse kann man täglich lesen, wie human doch die Zehenverwaltungen sind, und daß es hegerische Verleumdung ist, wenn die Arbeiterpresse von Mißständen auf den Gruben berichtet.

**Krupp scheidende Fabrikarbeiter** sind eine neue Gattung Proletarier. Wir haben solche neuerdings unter den Aktio-nären der Textilindustrie zu Offenburger (Baden.) An-lässlich des 50jährigen Bestehens der Spinnerei und Weberei Offenburger fand eine Jubiläumsfeier statt; dabei erhielten die Arbeiter ihre Jubiläumsgeschenke, deren Wert sich nach der „Dienstzeit“ des Beschenkten richtete. Zehn Arbeiterrentoren wurden aber in den Abelsstand der Dividenden-Empfänger erhoben. Es heißt im Bericht des Aufsichtsrates:

„Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Horstmann, macht die mit großer Freude aufgenommene Mitteilung, daß er für die zehn ältesten Arbeiter je eine Aktie gestiftet habe, daß diese damit stimmberedigte Aktionäre des Establishments werden und an den Divi-denden partizipieren.“

Mit dieser Überführung eines Teils des den Arbeitern abgeknöpften Lohnes an die Geronten der Stammenschaft wird es wohl kein Bewenden haben; eine weitere Befestigung des kapitalistischen Dividendenfaulenzentums ist nicht beabsichtigt. Auch diese zehn Aktien verbleiben nicht im Besitze der Arbeiterältesten und ihrer Rechtsnachfolger, son-dern gehen gegebenen Falles von den jetzigen Inhabern auf die nachfolgenden Berechtigten aus dem Altentamm der Arbeitererschaft über. Was den materiellen Effekt bei diesem Dividendenwechsel betrifft, so wiegt der Besitz einer Aktie im allergünstigsten Falle nicht im entferntesten auf, was ge-gewöhnlich infolge der geschäftlichen Krisis bei vermindertem Arbeitslohn dem Arbeiter-Aktionär entgeht. Die Spinnerei und Weberei Offenburger bezahlte im 20. Jahrhun-dert nur ein einziges Mal eine Dividende und zwar im vorigen Jahre 6 Proz. (86 400 Mk.); seit Bestehen der Fa-brik erhielten die Arbeiter Löhne im Gesamtbetrag von 126 Millionen, die Aktionäre 3,7 Millionen Dividende. Die Zahl der Spindeln stieg von 14 340 auf 40 032, jene der Webstühle von 130 auf 642. über die Zahl der vorhandenen Arbeiter enthält die erschienenen Jubiläumsschrift nichts. Was uns fernerhin interessieren dürfte, ist die Feststellung, in welcher Weise diese 10 Arbeiter-Aktionäre sich im Aufsichtsrate für die Interessen ihrer proletarischen Kollegen, unter wel-chen das italienische Element eine hervorragende Rolle spielt, ins Zeug legen. Mit der gewerkschaftlichen Organi-sation steht es in diesem Betrieb sehr flau aus. Deshalb wahrscheinlich auch diese „ehrende Belohnung“ der Grotte mit dem Titel Aktionär einer Textilfabrik.

**Positive Arbeit der Sozialdemokraten in der Schweiz.** In der Gemeinde Nidau wurde das Initiativbegehren des Arbeitervereins auf Einführung der unentgeltlichen Vererdigung von der Gemeindeversammlung einstimmig angenommen. Die fest Neujahr in der Schweiz eingeführte Publikation von Monatsbüllletins über die Tätigkeit

der Schweizerischen Arbeitsämter durch die Zentrale in Zürich und über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes ist der Erfolg der Arbeitervertreter in der Verwaltungskommission des städtischen Arbeitsamtes in Winterthur. Es gibt heute auf keinem Gebiete mehr einen Fortschritt ohne die Initiative und Mitwirkung der Sozialdemokratie.

**Von der nordamerikanischen Parteipresse.** Seit Anfang Juni erscheint in New York der „Evening Call“ (Abend-Ruf), ein sozialistisches Tagesblatt englischer Sprache, herausgegeben von der „Socialistic Cooperative Publishing Association“, welche auch die seit 1878 bestehende „Volkszeitung“ herausgibt. Das von dieser Gesellschaft früher ebenfalls unter dem Namen „The Worker“ verlegte sozialistische englische Wochenblatt, welches vor einiger Zeit in den Besitz der Staatsorganisation der „Socialist Party“ übergegangen und von dieser in „The Socialist“ geändert worden war, wird an die Association zurückfallen und unter Redaktion und Verwaltung des „Evening-Call“ gestellt werden, indessen vorbehaltlich der Eigentumsrechte der Partei. Der Chicagoer „Daily Socialist“ scheint dagegen eingehen zu müssen. Dieses Blatt war vor zirka Jahresfrist von dem zur S. P. übergegangenen wohlhabenden früheren städtischen Beamten Patterson herausgegeben und redigiert worden, war aber später in den nominiellen Besitz der Lokalorganisation der Partei übergegangen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Kanzel und Reichthum gegen die Gewerkschaften.** Im Februar dieses Jahres referierte die Genossin Kadeit-Verlin gelegentlich einer Agitationstour in Jügesheim, Kreis Offenbach. Für die Versammlung hatte der katholische Pfarrer des Dorfes, Flach, wirksam agitiert, indem er seine Ständigen vor der Versammlung und vor der gewerkschaftlichen Organisation eindringlich warnte. Für die tätige Hilfe des Pfarrers dankte in einem längeren Artikel Genosse Weinschild als Vorsitzender des Fortschrittlichen Verbandes, und das „Offenbacher Abendblatt“ jagte im Anschluss an den Versammlungsbericht, daß der Pfarrer von Frauenspersonen gesprochen habe, die Spizen an den Rücken, aber kein Hemd am Leibe trügen. Für den ihm ausgedrückten Dank hatte der Geistliche schlechterdings kein Verständnis. Er lagte gegen den Verbandsvorsitzenden Weinschild und den verantwortlichen Redakteur des „Offenbacher Abendblattes“, Genossen Pirsch. In der Verhandlung wurde folgendes bekundet:

Zeugin Magdalena Sahm: Der Herr Pfarrer habe in der Kirche gedroht, wenn die Mädchen in den Verband eintreten, werde er den Empfang der hl. Sacramente verweigern.  
Zeugin Anna Jakob: Sie habe bei dem Herrn Pfarrer gebedichtet, er habe sie gefragt, ob sie dem Verbande angehöre und als sie das bejahete, erklärt, der Verband wäre lauter Gift, sie solle herausgehen, sie solle auch die „Gleichheit“ nicht lesen. Für die Beiträge im Verband könne sie sich einen schönen Hut kaufen. Er sei dann auch darauf zu sprechen gekommen, ob die Fortschrittler streifen würden und habe darauf erklärt, er wolle es dem Arbeitgeber der Jakob, Herrn Fabrikant Seymann, melden, daß gestreift würde.

Auf die Frage Weinschild's, ob sie ihn nicht nachträglich darum ersucht habe, von ihrer Zeugenschaft abzusehen, weil man sonst im Dorfe mit Fingern auf sie zeige, will sie zunächst die Zeugin nicht entlassen können, gibt schließlich aber zu, daß sie sich letzteres gedacht habe. Das gibt dem Genossen Pirsch Veranlassung, seinem Empfinden dahin Ausdruck zu geben, daß die Zeuginnen durch die Unwesenheit des Pfarrers beeinflusst seien, weshalb er um die Entfernung des Pfarrers während der Vernehmung bittet, was jedoch vom Vorsitzenden abgelehnt wird.

Zeugin Grim bekundete, der Pfarrer habe in der Christenlehre gesagt, sie sollten nicht in den Verband eintreten, habe dann davon gesprochen, daß eine Agitatorin da sei, die eine Versammlung abhalte und hat unmittelbar vorher oder nachher gesprochen von Frauenzimmern, die Spizen an den Rücken und Hüte auf den Köpfen, aber kein Hemd an dem Leibe hätten. Die Zeugin hat das als Gleichnis aufgefaßt und kann nicht sagen, daß es sich auf die Genossin Kadeit bezog.

In der Beweisaufnahme kommt weiter zur Sprache, daß Pfarrer Flach in einer Predigt am 7. Juli 1907 Abrechnung mit seinen persönlichen Feinden gehalten hatte. „Zur Erbauung“ apostrophierte er einen in der Kirche anwesenden Wirt Appelmann: Bei ihm verkehre lauter Gesindel, die Jugend sei total verderben, tugelos. Weiter brachte die Predigt folgende Entwürfe: Appelmann sei ein grüner Junge, er solle sich nicht einbilden, daß er seinen dreifachen Schnabel an ihm (dem Pfarrer) wehen könne, Appelmann solle seinen Hahn nehmen und seine dreifachen Schuhe damit schmirren. Dann gab's Ausdrücke, wie: Lumpen, Schufte, schlechte Kerle,

Regelbände, Regelverein, Blutschande. Aus der Zuhörerschaft löste es ihm entgegen: Lump, Schufte! Schmeißt den Schuft von der Kanzel! Für diese „Guttaten“ war der Pfarrer zu 25 Mk. Geldstrafe oder acht Tagen Haft verurteilt worden. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. K. a. h., war es, der event. unter Vorlegung der Akten über obigen Fall die Streitbarkeit des Pfarrers dokumentarisch belegen wollte.

Das Urteil schloß sich in der Hauptsache den Rechtsgründen des Verteidigers an, indem es feststellte, daß der Pfarrer in zwei Fällen sich eines entschiedenen Mißbrauchs seiner Amtsbefugnisse schuldig gemacht habe, daß er auch sonst vor dem gesetzlich zulässigen und auch wirtschaftlich berechtigten Verband gewarnt habe in seiner Eigenschaft als Geistlicher. Das Gericht habe deshalb wegen verschiedener Stellen im Artikel Weinschild's, auf ein Nichtschuldig erkannt und auch die scharfen Ausdrücke, wie „erdreißet“ für berechtigt angesehen. Dem Angeklagten W. sei auch der Schutz des § 198 zubilligen, da er gegenüber dieses Verhaltens des Pfarrers zur Abwehr genötigt gewesen sei. Er habe lediglich durch Ausdrücke wie „Mitagitator“ und „Seelranger“ (in Gänzfätschen) und Abdruck des Artikels im „Abendblatt“ sich einer formellen Beleidigung schuldig gemacht und müsse deshalb verurteilt werden. Das Urteil lautete auf 80 Mk. gegen Pirsch, dem der Schutz des § 198 nicht zubilligt wurde, und 40 Mark Strafe gegen Weinschild.

### Aus Nah und Fern.

Aus dem Zuchthaus Saarabien berichtet unser Saarbrücker Parteiorgan, die „Volksmacht“: Am Dienstag, 2. Juni, erlebten wir vor der „Burbacher Hütte“ die ganze „nationalliberale“ Hüttenlegellei, den ganzen Hütten-Terrorismus in Reinkultur! Bekanntlich beteiligte sich unsere Partei im saarabischen Hütten-Terrorismus nicht aktiv an der Landtagswahl, nähete dahingegen aber die Wahlzeit aus, ein Flugblatt öffentlich an die Landtagswähler zu verteilen, in dem die Arbeitererschaft aufgeklärt wurde über die schmachvolle Wirtschaft des Dreiklassenparlamentes. Andere Parteien haben zur Landtagswahl keine Flugblätter verteilt, weil das Zentrum des saarabischen Terrorismus halber sich nicht an der Wahl beteiligt, Aufklärung ja auch nicht schaffen will, und weil der saarabische Druck, die Verhöhnung der Hütten-Terroristen anzuerkennen, ohne Silberbogen der „nationalen“ Partei den „Sieg“ zu sichern. Unsere Flugblattverbreitung ging denn auch ohne Zwischenfall vonstatten, bis vor der Zwingburg „Burbacher Hütte“ wo Dienstag abend die Verteilung stattfand. Da unsere Genossen, soweit sie im Arbeitsverhältnis stehen, bis 6 Uhr arbeiten müssen, die Verteilung jedoch beim Schichtwechsel, von 5 1/2—6 1/2 Uhr, stattfinden mußte, mußten wir Frauen zur Verteilung mit heranziehen, deren sich denn auch mehrere in anerkannter Weise zur Verfügung stellten. In der Hüttenstraße kam es zu einem Zusammenstoß mit einigen Hütten-Lämmeln. Hier standen die Genossen Wolf, Ruff und Genosse Leimpeters kaum fünf Minuten, als ein uniformierter Hüttenvogt erschien, dessen Autorität ein dickes Knüttel und sechs Reihen „Goldknöpfe“ an der Hüttenjacke ad oculos demonstrierten, der die drei Flugblattverteiler in barscher Tone aufforderte, die Hüttenstraße sofort zu verlassen! Genosse Leimpeters erklärte dem Hüttenzerberus, daß es ihnen gar nicht einfallt, seiner Anweisung zu folgen, sie seien keine Hüttenklaven der „Burbacher Hütte“ und unterständen nicht dem Kommando eines Hüttenvogtes, befänden sich auf einer öffentlichen Straße, wo niemand ihnen das Flugblattverbreiten verbieten könne. Der Hüttenzerberus entgegnete, die Straße sei Hütten-Eigentum, er habe die Anweisung, sie fortzujagen! Der Hüttenzerberus bestand, wie Schloch, auf seinem Schein, auf das „Recht“ der Hütte. Unterdessen waren noch zwei Hüttenlammeln hinzugekommen, welche die beiden Frauen in geradezu flegelhafter Weise insulierten. Ein zwei Zentner schwerer Hüttenlammel stieß die Frau Ruff vom Trottoir herunter und drohte, der Frau Wolf einen Stoß in den Nacken geben zu wollen, daß sie bis aus der Hüttenstraße hinausfliege!! Beleidigungen gemeinster Art wurden den Frauen an den Kopf geworfen, und nur um sie vor körperlicher Mißhandlung zu schützen, gaben unsere Flugblattverteiler ihre Stellung auf, gingen bis auf die Provinzialstraße zurück, der Hüttenzerberus hinterdrein! (In dieser Straße war es, wo 1908 bei der Reichstagswahl die Hüttenlammeln die Feuerprüge, mit Jauche gefüllt, auf-fahren und unsere Genossen mit Jauche bespritzen ließen, daß ihre Kleider total verdorben waren! Als man später die Arbeiter ermittelte, welche die Spritze bedient und den Schlauch geleitet hatten, gaben diese an, auf Befehl der Hüttenbeamten gehandelt zu haben, aber die befehlenden Hüttenbeamten kannten sie nicht!! Ist es schon eine Robeie, sich gegen Frauen so zu benehmen, so grenzt es doch an Barbarei, wenn ein schwerer Hüttenbar sich auf ein so zartes Wesen wie die Frau Wolf stürzen und ihr

die brutalen Hüttenhaken in den Nacken schlagen will! Afrika schickt das Deutsche Reich Missionare und Kolonialoffiziere, um dort Kultur und Zivilisation zu verbreiten nach Saarabien sollte man sie schicken, die Hütten-vögte zu kultivieren! Der Zwischenfall wurde wie Lauffeuer unter Genossen und Genossinnen an den anderen Gängen mitgeteilt und erzählt, Leimpeters habe von Hüttenvögten Prügel bekommen. Zum Glück trifft das nicht zu, dafür haben die Hüttenvögte sich selbst moralisch prügelt und den traurigen Ruhm der „Burbacher Hütte“ und ganz Saarabien's dadurch erhöht.

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:  
Fehler und Stehler. — Die Abstinenzbewegung und Sozialdemokratie in Finnland. Von W. Martina (Helsingfors). — Zweifelsproben in der Literatur. Von Ge. Davidsohn. — Ein Normalarbeitstag für die Landwirtschaft. Von L. H. Mansholt (Westpolder, Broving Groningen, Holland). Mit einem Nachwort von R. Kautsky. — Die Stabilität der Schweizerischen Landwirtschaft. Von Dr. H. J. — Notizen: Die russische Geistlichkeit. — Zeitschriftenchau.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteur zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das eingeleitete Heft kostet 25 Pfennig.  
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 12 des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Alte Lehren — Schulspeisung. Von Luise Kautsky. III. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. — Vom Glend der Kellnerinnen. Von g. — Siebter Verbandstag des Deutschen Arbeiterverbandes. Von E. D. — Aus der Bewegung: W. der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson in Straßener Genossinnen. — Die Berliner Genossinnen Landtagswahlkampf. — Emilie Wahn + — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. H. — Die Heranziehung der Frauen in die Verwaltungsborgane der Konsumvereine. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenarbeit an dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrsweises. — Feuilleton: Des Agenten Erzählung. Von Mark Tmal für unsere Kinder. Wanderlied. Von Wolfgang Goeth (Gedicht). — Die Pularenuniform. Von Robert Gröschel. Die Anfrage. Von Karl Stieler. (Gedicht). — Sommeranfang im hohen Norden. — Die Sage von Hirschgilde. Von Wilhelm Hauff. (Schluß). — Das ersehnte Gemitt. Von Friedr. Theob. Wifher. (Gedicht). — Unsere Sonntagler. Von Wilh. Brighow. — Lied vom Drohnentönig. Von Ludwig Pau. (Gedicht). — Das Wirtshaus zum Weidenbusch und seine Gäste. — Spanenausflug. Von Friedrich Gull. (Gedicht). Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt das Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf. unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Butterpreise.**  
Hamburg, den 12. Juni.  
1. Qualität . . . . . 111—112  
2. „ . . . . . 108—110  
Ferner:  
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter . . . . .  
Fehlerhafte und ältere . . . . .  
Russische und ähnliche . . . . . 110—113  
Galizische und ähnliche . . . . .  
Finnländische Sommerbutter, verzollt . . . . .  
Amerikanische . . . . .  
**Sternschanz-Wiehmast**  
12. Juni.  
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zugeführt wurden 2418 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 56—57 1/2 Mk., leichte 58 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 54—58 Mk. pro 100 Pfund.  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Freundliches Logis**  
zu vermieten  
Ludwigstraße 60, I.  
**Logis zu vermieten.**  
E. Kätz, Strahlenstr. 29.  
**Ein möbliertes Zimmer**  
zu vermieten  
Warendorferstr. 7, I.  
**Ein Logis**  
an 1 oder 2 junge Leute zu vermieten.  
Ludwigstr. 33, II.  
**Logis zu vermieten.**  
Strahlenstr. 12, im Laden.  
**Ein Logis zu vermieten.**  
Georgstr. 30, II.  
**Ein freundlich möbliertes Zimmer**  
zu vermieten  
Lernstr. 23, I.  
**1 Logis zu vermieten**  
für 2 Mann (Wohn- und Schlafzimmer).  
Mühlentstraße 91, 3.  
**Ein großes leeres Zimmer**  
an eine alleinlebende Person zu vermieten.  
Zu erfragen in der Expedition d. Bl.  
**Gefacht**  
**geübte Hilfsarbeiterin**  
für die Buchbinderei.  
Werner & Hörig.  
Gesucht zum 1. Okt. d. J. als erstes Gehl  
2000 Mark. Angebote unter S B an die  
Expedition d. Bl.

**Kellner**  
für Sonntags.  
Wilhelmtheater.  
**1 Eckhaus mit 5 Wohnungen**  
zu verkaufen, passend zu jedem Geschäft.  
Erfragen unter F B an die Exp. d. Bl.  
**Brautleute!**  
Diverse neue Möbel billig zu verkaufen.  
Mühlentstr. 70, part.  
Zu besichtigen von 9—12 und 2—7 Uhr.  
Billig zu verkaufen Kommode, Ruppen-  
sportwagen, gute G.-Kartoffel, Kaninchen.  
Segebergstr. 7, 2. Etage.  
Hr. Albrechtshaus, Teichhaus, Schigel,  
Bücherbord billig. Fünshausen 24, I.  
**Getragene Kleidungsstücke**  
für Mädchen von 12—14 Jahren billig zu  
verkaufen. Emilienstr. 16a, ptr.  
**Ein Paar Schaffstiefel**  
Größe 45, weiß zu klein, billig zu verkaufen.  
Gerberstraße 4, pt.  
**Ein moderner blauer Kinderwagen**  
mit Gummireifen billig zu verkaufen.  
Ludwigstraße 21a.  
**Eine schöne Stubenlinde,**  
1,90 Meter hoch, billig zu verkaufen.  
Schützenstraße 44 a, I.  
**Gelegenheitskauf**  
Eine gute Nähmaschine, Preis 60 Mk.  
Fächtingstraße 41.

**Eine Sportkarre zu verkaufen**  
Preis Mk. 4.50. Reiferstr. 10b.  
**Guterhaltenes Arbeitsrad**  
zu verkaufen. Preis 25 Mk.  
Kahlhorststraße 6a, 1. Etage.  
**Ein guterhaltenes Fahrrad**  
zu verkaufen.  
Langereihe 11, Burgtor.  
Billig zu verkaufen guterhalt. Rockanzug  
und Ueberzieher und eine zweifelhafte  
Bettstelle mit Sprungfeder-Matratze.  
Meierstraße 13, 2. Etage.  
**Guterhaltener Gehrock**  
billig zu verkaufen.  
Watenhauer 7, 3. Etage.  
**Glucke mit 10 Küken (8 Tage alt)**  
für 7.50 Mk. und 1 Hahn zu verkaufen.  
Augustenstraße 26.  
**Eichhörnchenbauer u. Tauben zu verk.**  
Gruffstraße 6.  
**Junge belgische Riesenkaninchen**  
und ein Kammler, tadelloses Tier, billig zu  
verkaufen. Brüderstraße 1.  
**Junge belg. Kaninchen**  
und ein eiserner Ofen zu verkaufen.  
Brüderstraße 1 a.  
Wegen Aufgabe der Zucht  
**Brief- u. Rassetauben billig zu verk.**  
Heinrichstraße 96, I.

**Brief- u. Rassetauben billig zu verk.**  
einzeln und paarweise. Friedenstraße 80.  
1 Milchziege, 2 Arbeitspferde, Sandel-  
wagen. Fischergcube 23, Etage.  
  
**Schöne Ferke**  
zu verkaufen  
Gronsforder Allee 37.  
**5 Wochen alte Ferkel zu verkaufen**  
F. Freyer, Gr. Steinrade.  
**Ein Trauring verloren.**  
Abzugeben gegen Belohnung  
Weicherstraße 21 a.  
**Medizinischer Sonntagsdienst**  
am 14. Juni 1908.  
Dr. Pée.  
Dr. Stoffer.  
Dr. Forst.  
**Frau Schönbaum, Hebamme**  
wohnt: Glandorpstraße 11, 1. Etg.  
**Bauzeichnungen und Bauarbeiten**  
werden ausgeführt von  
Johs. Filand, Hundestr. 97.  
**Rechnungs-Formular**  
Hefest  
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten  
Johannstraße 46.

# Saison-Ausverkauf!

## Damen- und Kinder-Konfektion

enorm billig.

Damen - Stoff - Paletots und - Jacken  
von 3.00 Mk. an.

Schwarze Frauen - Paletots.

Staub - Mäntel von 4.50 Mk. an.

Tuch- und Sammet - Bolero - Jacken  
zum Aussuchen 10.00 Mk.

Promenaden- und Reise - Kostüme  
10.00 Mk.

Kostüm-Röcke, Blusen und Unterröcke  
Kinder - Jacken und Kinder - Kleider.

### Ein grosser Posten Kinder-Kleider

zum Aussuchen

Stück 70 P., 1.00 und 2.00 Mk.

# Gebr. Barg Kohlmarkt 5. Fernruf 1739.

Lubeca-Rabattmarken oder 4 Prozent.

Ueber die Erzeugnisse der **Fahrenkruger Brotfabrik G. m. b. H.**, vorm. Th. Severin, in Fahrenkrug in Holstein

hat das Gewerkschaftskartell in Segeberg in seiner Sitzung vom 9. Juni den **Bojkott** beschlossen.

Wir wenden uns nun an die organisierte Arbeiterschaft der Provinz Schleswig-Holstein, sowie von Hamburg und Lübeck, die Erzeugnisse dieser **Fabrik an Brot und Zwieback bis auf weiteres nicht zu konsumieren.**

Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen. Deutschl. (Zahlstelle Segeberg.)

## Wiesen-Verpachtung.

Am Sonntag, den 14. Juni 1908, nachmittags 4 Uhr, wird Herr Gemeindevorsteher Draguhn in meinem Auftrage meine Kaltenhöfer Wiesen in 30 einzelnen Parzellen von 1700 bis 2400 qm meistbietend verpachten.

von Viehbahn,  
Marienholm, Schwartau.

**Willy Koch,**  
Fahntechniker,  
Lubeck, Holstenstr. 21.

Das Grün- und Fettwaren-Geschäft  
von A. F. Boon-Hartsinck, Wilh. Bold Neht,  
befindet sich:

**Kottwitzstrasse 36.**  
Empfehle: ff. Margarine (rote Lubeca-Rabatt-Marken). Zum Besuch ladet freundlich ein.

**Zigarren,** gut abgelagert,  
100 Stück Mk. 2.90 und 3.50.  
Johannisstrasse 17/19.

## Heringskisten

Stück 10 Pfg.  
August Schumacher.

Neue Sommerfang-Seringe  
empfiehlt  
Gustav Thomsen, Marktstraße 44.

Empf. mich zur Klärführ. jezt. Klempnerarbeit.  
Reparaturen schnell und billig.  
Franz Stamer, Klempner und Mechaniker,  
St. Annenstraße 18.

## Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions-gesch. Fischergr. 52.

Neu! **Karussell Neu-Lauerhof.** Neu!  
Karussell

Heute Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Konzerthaus Friedrichshof.

Heute Sonntag: **Großer Tanz.**  
Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt frei.

Frisch, kernig und wahrhaft  
volkstümlich ist die Sprache

der im 56. Jahrgange stehenden altbewährten

# Berliner Volks-Zeitung

Chefredakteur: Karl Vollrath.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ ist die **vierteljährliche**  
tägliche zweimal

erscheinenden deutschen Zeitungen, sie bringt ein  
reich illustriertes Sonntagsblatt und  
eine tägliche Unterhaltungsbeilage.

Ihre unumstritten anerkannte Eigenart besteht, abgesehen von ihrem außerordentlich reichen, vielseitigen Inhalt, in der bürgerlich-demokratischen Haltung, mit der sie für Freiheit und Recht gegen Unrecht und Unterdrückung eintritt. — Die Lektüre der „Berliner Volks-Zeitung“ ist eine Herzkostung für jeden aufrecht gesinnten deutschen Mann.

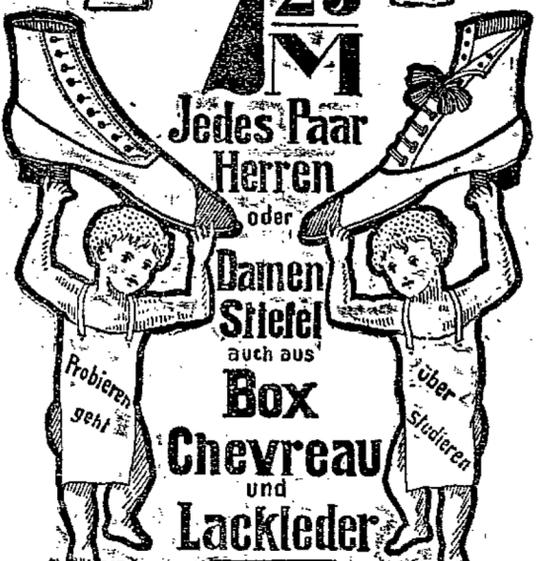
**80 Pfg. monatlich**

bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches.  
Für die Frau des Hauses bieten namentlich die beiden Unterhaltungsbeigaben eine wertvolle und geschätzte Ergänzung zu unserer Blatte: Romane und Novellen erster Autoren, Modebilder, Handarbeiten, allerlei praktische Winke für Haus und Familie, sowie belehrende und nützliche Aufsätze aus allen Gebieten des praktischen Lebens.

Expedition der „Berliner Volks-Zeitung“  
Berlin SW. 19, Jerusalem Straße 46—49.

105 eigene Filialen.

**NUR ein Preis**  
25  
M



VERSAND GEGEN NACHNAHME UMTAUSCH GEST.  
SCHUHFABRIK „TURUL“

**Alfred Fränkel.**  
Commandit-Gesellschaft.

Lübeck

**49 Breitestrasse 49.**

105 eigene Filialen.

105 eigene Filialen.

## Restaurant Polierkrug

Schwartauer Allee.  
Geschützte Lauben, geschl. Veranda  
sowie Doppel-Kegelbahn (Hochbahn)  
Angenehmer Familien-Aufenthalt.  
Zur Einkehr ladet freundl. ein  
**F. Strohkarr.**

# Flora

2 Minuten vom neuen Bahnhof.

Jeden Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei.

## Central-Hallen.

Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Tanz im Abonnement 50 Pfg.  
Eintritt à Person 10 Pf.  
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.  
W. Borgwardt.

## Gesellschaftshaus Adlershorst.

Morgen Sonntag:

## Tanzkränzchen.

## Wakenitz-Bellevue

Heute Sonntag, den 14. Juni 1908:  
Freies Tanzkränzchen  
H. Fürbötter.



## Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:  
GROSSE  
TANZ-MUSIK.

## Louisenlust

Jeden Sonntag:

## Große Tanz-Musik.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr  
Musik vom Harmonika-Klub Harmonia.  
(6 Herren.) W. Gloe.

## WAISEN-HOF.

Heute Sonntag:

Tanzkränzchen. Eintritt frei.

## Einladung zum Sommerfest u. Ball

verbunden mit Preisschießen  
zum Best. d. Unterstützungskasse d. Arbeiter  
der Firma J. H. Havemann & Sohn  
am Sonntag, den 14. Juni  
im Lokale „Einsegel“.

Konzert im Garten von 4-6 Uhr.  
Ende des Balles 2 Uhr.  
Preisschießen von 4-9 Uhr.  
Musik ausgeführt von der Schwartauer  
Kabatten-Kapelle.  
Eintritt 50 Pfg. Das Komitee.



## Tiergarten Lübeck.

Jeden Sonntag:  
Großes Garten-  
Konzert.  
Eintritt frei.

## Restaurant „Zur Lohmühle“.

Sonntag, den 14. Juni:

## Großes Bogelschießen

mit nachfolgendem Tanz.  
Musik v. d. Schwartauer Kabatten-Kapelle.  
Anfang des Schießens 11 Uhr morgens.  
Dazu ladet freundlich ein  
Otto Sterky, „Zur alten Lohmühle“.

# Verband der Bauarbeiter.

## Ausflug nach Reinfeld

am Sonntag, den 28. Juni.

Abmarsch mit Musik präz. 12 Uhr v. Vereinshaus.  
Abfahrt 12 Uhr 50 Minuten.

Preis der Karte pro Person 1.- Mk.  
Fremden-Einführung gestattet.

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.  
Das Komitee.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck).

Einladung zum

## Ausflug nach Eutin und Umgegend

am Sonntag, den 21. Juni 1908.

Abfahrt morgens 7 Uhr 41 Minuten. Rückfahrt 11 Uhr 10 Minuten abends.  
Preis für Herren 2.- Mk., für Damen 1.60 Mk., Kinder unter 12 Jahren 80 Pfg.  
(einschließlich der Fahrt Malente-Eutin).

Abends von 7 1/2-11 Uhr Tanz in Eutin. Das Komitee.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
NB. Kollegen und Freunde, die an dem Ausflug teilnehmen wollen, haben sich am  
Freitag, den 19. Juni, abends von 7-9 Uhr, Leberstr. 2, zu melden. D. D.

# Ausflug

der

## Gewerkschaften und Vereine

von Stockelsdorf und Umgegend

## nach Travemünde per Dampfer „Seeadler“

am Sonntag, den 19. Juli 1908.

Abmarsch mit Musik von Stockelsdorf morgens 8 Uhr.

Abfahrt von der Drehbrücke morgens 9 Uhr.

In Travemünde: Tanz im Lokale d. Herrn Gebert, Torstraße

Preis der Teilnehmerkarte für Erwachsene 1 Mk., für Kinder 20 Pfg.

Karten sind zu haben in Lübeck bei Wittfoht, Hügelstraße 18 und bei Fr. Lecke,  
„Vereinshaus“ Johannisstraße 50-52.

Das Komitee.



## Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Einladung zum

## 15. Stiftungs-Fest

bestehend in

Korsfahrt, Konzert, Preisschiessen, Saal- und Reigenfahrten  
mit nachfolgendem BALL

am Sonntag, den 14. Juni 1908

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Von 4 bis 7 Uhr Konzert im Garten.  
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Freischießen ändert statt von 11-1 Uhr mittags und von 4-7 Uhr abends.  
Anfang der Korsfahrt nachmittags 3 Uhr vom Vereinshaus Johannisstr., St. Johannes,  
St. Annenstr., Mühlenstr., Hütertor-Allee, Falkenstr., Kanalstr.

Das Komitee.

# Verband der Maler

## 23. Stiftungs-Fest

verbunden mit Konzert, Preisschiessen, Damen-  
Vergnügen und BALL

am Sonntag, den 21. Juni 1908,  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang des Konzerts 4 Uhr. Beginn des Balles 7 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Eintritt zum Konzert 10 Pfg. à Person.

Das Komitee.

## Arbeiter-Sänger-Bund Fürstentum Lübeck.



## Das III. Bundesfest

verbunden mit Konzert und Ball

findet am

Sonntag, den 21. Juni,  
auf dem neuen Volksfestplatze

in Eutin statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Bundesvorstand.

## Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!

(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum

## Ausflug nach Mölln

am Sonntag, 21. Juni.

Abfahrt 1.31 Uhr mittags.

Preis 50 Pfg.

Das Komitee.

## Zum Kinderfest

mit nachfolgendem Ball

am Dienstag, den 16. Juni 1908

ladet ergebenst ein

H. Frähmcke, Secrer.

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

## 1. Stiftungs-Fest

verbunden mit

Konzert und Ball,

Preisschiessen für Herren u. Damen

und Kindervergnügen

am Sonntag, den 14. Juni,

im Restaurant „Tiergarten“.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Preisschießen von 11-1 und von 4-7 Uhr.

Herren-Karte 60 Pfg., eine Dame frei.

Das Komitee.



## Arbeiter-Radfahrer-Verein Nordstern Kücknitz u. Umgeg.

## Einladung zum Ball

verbunden mit Korsfahrt u. Reigenfahrten

am Sonntag, 21. Juni

im Lokale des Herrn W. Dieckelmann.

Korsfahrt 4 Uhr.

Kaffendöffnung 5 Uhr. Anf. d. Balles 6 Uhr.

Eintritt für Herren 1.20 Mk., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg.

Alle umliegenden Bundesvereine sind hier-  
mit freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.



## Hansa Theater

Sonntag, den 14. Juni 1908:  
Lehtes Gastspiel des Hamburger Volks-  
schauspielhauses.  
Inspektor Bräsig.  
Volkspreise:  
Loge und Fauteuil 1 Mk., alle anderen  
Plätze 50 Pfg.

## Stadthallentheater.

Sonntag: 25. Abonnements-Vorstellung.

Doppel-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.

## Liebesquartett.

Ein Akt gemütvoller Hausmusik.

Ungeheurer, durchschlagender Lacherfolg.

## Gretchen.

Groteske in 3 Akten von Davis u. Lipschütz.

Montag: 26. Abonnements-Vorstellung.

## Flotte Weiber.

Operetten-Posse in 4 Akten

Anfang 7 1/2 Uhr.

## Waldgedanken.

Wenn man Naturgesetze erforschen will, gibt es nur einen Weg: man muß mit Liebe und Sorgfalt auch die unbedeutendste Erscheinung, alles Sinnemäßige an ihr aufzeichnen; man muß daraus ein Register machen und aus ihm das Gleichartige zusammenstellen. Naturforscher heißt: die Welt vereinfachen, die Erscheinungen unter immer weniger Kategorien bringen. Zum Schluß bleiben ein paar Sätze, die für die ganze Mannigfaltigkeit gültig sind. Das sind die Naturgesetze.

Und wenn ich nun diesen Weg betrete und mit naturforschendem Blicke den Wald um mich betrachte, dann gewahre ich ganz andere Dinge, als man gemeinhin auf einer Waldwanderung sieht. Jetzt bemerke ich, daß der ganze Wald zusammengehört, wie es schon in dem Wortsinne der Sprache liegt, die unbewußt ein großer Philosoph und Naturforscher ist.

Jetzt erkenne ich es: der Wald ist ein vielstöckiges Gebäude. Wie viele Etagen hat es? Ganz unten, an den Boden angeschlossen, erhebt sich das Geflügel der Moose. Darüber baut sich als erstes Stockwerk das Blatt- und Stängelwerk der Kräuter und Gräser. Höher strecken sich die Stauden und das niedere Gebüsch. Dann kommt das hohe Gebüsch der Waldsträucher und ganz oben der Laubengang des Gehölzes. Und zwischen diesen fünf bis sechs Stockwerken, die den ganzen Licht- und Luftraum mit Leben erfüllen, nistet noch Bettler- und Schmarotzervolk. Es gibt auch im deutschen Walde Überpflanzen, nicht bloß im Tropenwald. Nur sind es bei uns nicht fremdländische Orchideen, sondern ganz unscheinbare Pilze, die auf Blättern und Rinden haften, struppige und gekräuselte Flechten, die wirre Büpfe herabhängen lassen oder putzige Schließchen aufstellen.

Es gibt im Walde Lianen, die von der niedersten Volksschicht kommen und gern aufsteigen möchten zu den Mächtigen durch Rücksichtslosigkeit und Streberei. Der Esen ist ein solcher Bursche und die Waldrebe (Clematis) und die Brombeeren, die klettern wie sie können. Auch Schutzsuchende gibt es, die der Botaniker Vasalkenpflanzen nennt und die sich unter Hecken ansiedeln, wie oft die Labkräuter (Galium) und Wicken am Waldbrand. Dadurch bildet sich ein Mosaik der eigensten Art. Der ganze Lebensraum ist ausgefüllt. Von oben gesehen, ist ein natürlicher Wald ohne Lücke. Überall, wo ein Lichtstrahl hinkommen kann, sitzt in tieferer oder höherer Etage ein Blättlein, das sich im Lichte badet. Und sie stehen sich nicht gleichgültig gegenüber. Sie bekämpfen sich und sie helfen einander. Das ist das Gesetz des Waldes und darin ein Abbild des Menschenlebens.

Genußvoll ist es, das mit eigenen Augen zu sehen. Die Pflanzen benehmen sich wie Stellungsuchende bei lockendem Angebot. Sie suchen einander zuvorkommen durch Rührigkeit, die Wettbewerb zu überbieten. Der „Kampf ums Dasein“ ist kein rohes Handgemenge, wie man oft denkt, nein, er ist heimliche Übervorteilung — so wie im Menschenleben. Die Waffen der Pflanzen sind: Fähigkeiten, Anpassungskraft und gut erfundene Verbreitungseinrichtungen, das sind die Mittel dieser stummen Kämpfe. Ein Sozialpolitiker, der davon erfährt, würde also sagen: Wir Menschen fangen an, pflanzenhaft zu leben. Denn im modernen Völkerleben denken wir nun viel weniger an kriegerische Eroberung als an einen friedlichen Wettbewerb durch Steigerung der Fähigkeiten und Verbesserung der Einrichtungen. Die Industrien und Handelseinrichtungen der Staaten kämpfen miteinander heimlich, aber ständig.

Der Untüchtige wird ausgemerzt und zurückgedrängt.

Also entscheidet nicht „Kraft“ oder „Zufall“, sondern Tüchtigkeit.

Das sind Sätze einer Lebensphilosophie, die im Walde stündlich gepredigt wird. Sie ist abzulesen aus den hundertlei Verbreitungsanpassungen, die sich die herrschenden Pflanzen unserer Flora erworben haben. Es gibt in jedem Walde Herrschende und Unterdrückte. Nur hat es die Natur mit milder Gerechtigkeit so eingerichtet, daß die Herrschenden nur so lange herrschen, als sie tüchtig sind. Sie müssen sich an jede Änderung der Zeit anpassen können, oder, mit der schönen Weisheit des Dichters gesagt: Was sie ererbt haben, müssen sie täglich aufs neue erobern.

Die Änderungen vollziehen sich so langsam und leise wie die der Weltgeschichte; darum sieht man an einem Vormittag im Walde nichts davon. Man muß die ganze Kenntnis des Pflanzenlebens zusammennehmen, diese zu erlauschen. Nur manchmal, durch besondere Verhältnisse wird es offenbar. Ein solcher Fall ereignet sich, wenn ein künstlicher Blumengarten verwildert.

Im Garten kann man fast alle Pflanzen zum Zusammenleben zwingen, wenn man ihre Fähigkeiten einbäumt, das heißt die Konkurrenz in der Besiedlung des Bodens durch herumgestreuten Samen und Ausläufer immer wieder aufhebt. Im Begriff des Unkrauts ist dieser Wettbewerb verraten. Man frage die Gärtner, was sie der Kampf gegen das Unkraut kostet. Verzieht man aber auf ihn, dann wird es schon nach Wochen sichtbar, daß je nach dem Boden und Klima des Ortes eine andere, eine natürliche Gesellschaftsordnung anhebt, in der nicht Herkunft, historische Rechte, sondern einzig und allein Befähigung Vorrechte gewährt. Die ausländischen, an unsere Lebenslage nicht völlig angepassten Pflanzen verschwinden zuerst; dann alle die, welche besondere Ansprüche machen. Sieger bleiben die Unkräuter: die Verben, Robusten, Bescheidenen, die mit allem vortreiben. Alle Unkräuter sind so und alle haben vortreffliche Anpassung. Man kann auch bemerken, daß dem Kampfe ebensoviel Einigkeit gegenübersteht. Das Moos hat sein Plätzchen im Schatten des Baumes, der es vor zuviel Sonne und Vertrocknung schützt. Der Baum wird jedoch von dem Moos geschützt, denn der Schwamm der Moose hält den Regen fest, läßt ihn nicht ablaufen und verschafft den Baumwurzeln dauernde Feuchtigkeit. Ohne Moose keine Wälder. In sehr verwickelter Weise sind die Pflanzen in „Vereinen“ organisiert, die sich gegenseitig schützen, in die Hände arbeiten und so den Boden befähigen, dauernd alle zu ernähren. Sie lösen sich ab; ein „Pflanzenverein“ düngt für den anderen den Boden. Die Begleitpflanzen nützen den Beschützern; alle zusammen sind auf jeden einzelnen angewiesen. Ein Wirrwarr feinsten Regelungen eines ungeheuren Naturhaushaltes tut sich auf, wenn man die Forschung hier vertieft, und aus allem leuchtet ein großes Gesetz: daß im Gesellschaftsleben der Pflanzen weder nur Wettbewerb noch nur gegenseitige Hilfe herrscht, sondern die Harmonie, der Ausgleich beider. . .

## Hamburgs Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

In der norddeutschen Handels-Metropole Hamburg findet bekanntlich in einigen Wochen der 6. Kongreß der deutschen Gewerkschaften statt. Genosse Karl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission seit deren Bestehen, veröffentlicht in den „Sozialistischen Monatsheften“ eine Besprechung des bevorstehenden Kongresses, in der er u. a. auch die Bedeutung des Kongresses für die deutsche Gewerkschaftsbewegung schildert und damit zugleich ein Stück Ge-

schichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung gibt, das lehrreich und interessant für jeden Partei- und Gewerkschaftsgenossen ist. Er schreibt:

Hamburg gilt unbestritten bis in die neueste Zeit als die Hochburg unserer gewerkschaftlichen Bewegung. Dort wird seit dem 22. bis 27. Juni der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands tagen. Hamburg stand, was die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anlangt, immer mit an erster Stelle unter den Großstädten. Mit seinen 28 287 Gewerkschaftsmitgliedern, die es 1891 hatte, wurde es auch in der absoluten Zahl der Mitglieder von keiner anderen Großstadt übertroffen. Diese Zahl ging dann in den Jahren 1892 bis 1894 auf 11 021 zurück, eine Folge zahlreicher verlorener Kämpfe und der durch Beendigung der Zollanschlußbauten bedingten überaus ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur. In den folgenden Jahren zeigte sich wieder eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Der Mitgliederbestand belief sich 1900 auf 32 182 und 1906 auf 84 322; relativ wohl der höchste, den eine Stadt in Deutschland aufzuweisen hat.

Aber nicht nur wegen seines günstigen Standes der Organisation hat Hamburg stets eine hervorragende Rolle im Gewerkschaftsleben Deutschlands gespielt, es hat auch einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften in ganz Deutschland ausgeübt. Von hier aus sind die ersten Anregungen zur Zentralisierung der gewerkschaftlichen Bewegung gegeben worden. Auf der 7. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins im August 1888 in Hamburg wurde unter dem Einfluß Geiß, Friedrichs und v. Schweigers der Beschluß gefaßt, dem Präsidium des Vereins das Recht zu geben, einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß zur Gründung von Gewerkschaften und zur Einigung der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen einzuberufen. Der Kongreß, der am 27. September 1888 in Berlin tagte, vereinigte die bestehenden und neugegründeten Verbände in dem Allgemeinen Arbeiterverband. Als dann 1875 die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands eintrat, ging von Hamburg die Anregung aus, nun auch die beiden gewerkschaftlichen Richtungen zu vereinigen. Am 27. März 1875 traten die Vorstände der Hamburger Gewerkschaften zusammen und setzten eine Kommission ein, die die Aufgabe hatte, eine Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten, die dann auch am 28. Mai 1875 in Gotha tagte. Auch bei der Vorbereitung der 2. Konferenz der Gewerkschaftsvertreter im Jahre 1878 hatte Hamburg regen Anteil, und das von der Konferenz angenommene Statut, nach dem eine Verbindung sämtlicher Gewerkschaften herbeigeführt werden sollte, war, unter dem entscheidenden Einfluß der Hamburger Gewerkschaftsvertreter zustande gekommen.

Das Sozialistengesetz, das in seinen ersten Jahren alles gewerkschaftliche Leben in Deutschland vernichtete, verbot auch die Durchführung dieses Organisationsplanes. Jedoch bei dem langjamigen Wiederaufbau der Gewerkschaften um die Mitte der achtziger Jahre wurde von Hamburg aus stets das Prinzip der Zentralisation vertreten, im Gegensatz zu der besonders von Berlin aus propagierten lokalen Gewerkschaftsorganisation mit politischem Charakter. Da mit Rücksicht auf die Vereinseigenschaft der größten Bundesstaaten, die eine Verbindung politischer Vereine verboten, die zentralisierten Gewerkschaften sich jeder politischen Betätigung enthalten mußten, wurde von Hamburg aus die Gründung unpolitischer gewerkschaftlicher Organisationen propagiert, die sich ausschließlich der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen widmen sollten. Von den Anhängern lokaler Gewerkschaftsorganisationen wurde dies Bestreben als Hamburgerei bezeichnet, und jahrelang diente diese Bezeichnung als Schlagwort bei dem Meinungsstreit über die Form der Organisation. Das von den Hamburger Leitern der gewerkschaftlichen Bewegung Erstrebte wird heute von allen im Gewerkschaftsleben Tätigen als das Richtige angesehen, und man wird zugestehen müssen, daß die heutige Einigung in der gewerkschaftlichen Bewegung Deutschlands zum guten Teil den hamburgischen Zentralisationsbestrebungen zu danken ist. Bei dem Drängen nach zentralisierten gewerkschaftlichen Vereinigungen mag der Umstand eine große Rolle gespielt haben, daß das hamburgische Vereinsgesetz das Verbindungsverbot für politische Vereine nicht hatte, und

## Der Mann im „King Edward“.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(40. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Liborius leugnete nicht, ähnliche Gedanken wohl gehabt zu haben und dem Fremden nicht sonderlich grün gewesen zu sein, ohne jedoch wirklichen Haß gegen ihn zu empfinden. Er habe ja sagen hören, daß auch der Italiener sich gegen die Verbindung mit seiner Braut erklärt habe.

„So, so — ist aber dieses Zusammentreffen zwischen Ihnen und dem Italiener um solche Zeit und an solcher Stelle nicht eigenartig?“

„Ich bin ja nicht mit ihm zusammengetroffen“, erwiderte arglos der Künstler.

„Um — seltsam, daß Sie Ihr Rendezvous gerade borthin verlegten, wo der Fremde um dieselbe Zeit zu finden war —“

„Ich konnte mich eines Lächelns nicht erwehren. Der Schluß des Vertreters der Staatsanwaltschaft erschien mir naiv. Seltsam war es, daß der Italiener gerade am selben Ort sich aufhielt, wo sich Liborius mit Klara Haffe treffen wollte, und fast zu derselben Zeit. So hätte der Affessor die Frage fassen müssen: Wie kam das und was hatte der Signor dort zu schaffen? Hatte ihn jemand hinbestellt? War es ein Zufall? Dann war es ein merkwürdiger Zufall gewesen! Wahrscheinlich nahm der Affessor letzteres an; Liborius war zufällig mit Ricciardi dort zusammengetroffen, er hatte seinen Feind kommen sehen, sich verborgen und ihn umgebracht oder umzubringen versucht? Woher nahm er zu diesem Zwecke auch gleich das geladene Pistol? Doch vermied ich es, einzugreifen, ich hätte dem Architekten nichts genügt und mich vielleicht vorzeitig verraten. Ich war ohnedies vorhin fast zu weit gegangen. Alle diese Widersprüche und Ungereimtheiten mußten ja bald genug zur Sprache kommen!“

Was zu erwarten, geschah: Der Affessor verfügte die einseitige Festnahme des unglücklichen Architekten. Der Künstler war empört und protestierte in temperamentvoller Weise. Ich näherte mich ihm und bat ihn, um seiner Braut willen jeden Eklat zu vermeiden. Dasselbe sagte ich dem Affessor.

„Die junge Dame wird untröstlich sein“, gab ich ihm zu bedenken. „Und da es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Jettun handelt.“

„Sie haben recht“, erklärte er gutmütig. „Am besten, Sie stellen sich an, als gingen Sie freiwillig mit mir, Herr Liborius. Unser Wagen steht draußen.“

Liborius fügte sich. Mit aufeinander gepreßten Zähnen zwar, aber er fügte sich.

Um mich ihm unverdächtig nähern zu können, fragte ich laut: „Haben Sie noch etwas an Fräulein Haffe zu bestellen, Herr Liborius?“

„Nichts, als daß ich unschuldig bin. Sie soll nicht erschrecken. Der Jettun muß sich bald aufhellen“, versetzte er beklommen.

„Auf welche Zeit hatten Sie denn Fräulein Haffe bestellt?“

„Auf halb zehn.“

„Sie haben nicht auf Ihrer Karte das halb wieder durchgestrichen?“

„Ist mir nicht eingefallen.“

„So seien Sie guten Mutes, Herr Liborius — Ihre Haft wird nur bis morgen vormittag dauern“, flüsterte ich ihm zu. „Und dann wird alles, alles gut werden!“

Er starrte mich ganz verdutzt an, ich wandte mich rasch ab und begab mich ins Haus, um Fräulein Haffe die Verhaftung so schonend als möglich mitzuteilen. Sonst würde ihr das Entschleiche womöglich in häßlicher Form übermittel werden. Sie erschrak erst sehr, ich beruhigte sie aber sogleich und spendete ihr denselben Trost, wie ihrem Bräutigam.

„Sie wundern sich, wie ich dazu komme, Ihnen in so überzeugtend Tone eine derartige Prognose zu stellen“, sagte ich lächelnd. „Sie werden es erfahren. Bereiten Sie sich auf Dinge vor, Fräulein, die außerordentlich sind! Und schweigen Sie über alles, lassen Sie heute gegen niemand ein Wort von dem fallen, was ich Ihnen verheißte, eine einzige Unklugheit könnte alles gefährden!“

„Sie sind nicht, was Sie scheinen?“ stieß sie befremdet hervor.

„Vielleicht nicht — aber nicht wahr, Sie lassen sich nichts merken?“

„Gewiß nicht.“

„Und noch eins: ziehen Sie heute nicht aus.“

„Warum nicht?“

„Weil Sie es morgen nicht mehr nötig haben werden! Bleiben Sie nur noch einen Tag. Sie können es ja leicht motivieren!“

Sie sah auch jetzt liebreizend, aber wie die Ver-

blüfung selber aus. Ich las eine Menge Fragen in ihren sinnigen Augen, ich nickte ihr nur lächelnd zu und huschte hinaus. Diesen Trost war ich dem lieben, süßen Mädchen schuldig!

Gegen zehn Uhr erschien der Justizrat. Er war eine halbe Stunde beim Baron oben. Ich richtete es ein, daß ich am äußeren Tor stand, als er fortging. Er flüsterte mir zu: „Alles in Ordnung — morgen um zehn ist er bei mir. Ich erwarte Sie spätestens halb.“

Gerade als ich in der Küche mein Mittagbrot verzehrte, suchte mich Manny auf. Die Köchin war zugegen, sie winkte mir deshalb, zu ihr auf den Flur zu kommen.

„Der Kranke ist bei Bewußtsein“, teilte sie mir flüsternd mit. „Schon seit einer halben Stunde.“

„Dann hätte doch sogleich das Gericht benachrichtigt werden müssen?“

„Daran hat man wahrscheinlich nicht gedacht.“

„Möglich —“ ich dachte freilich anders über das Faktum.

„Haben sie mit ihm gesprochen?“

„Die gnädige Frau saß auf seinem Bett und hatte die Hand auf seinem Kopfe ruhen. Sie küßte ihn auf die Stirn.“

„Sie haben also doch durch das Schlüsselloch —“

Manny nickte.

„Für das Fräulein —“

„Sie tun ein gutes Werk in diesem Falle, Manny. Also sie küßte ihn auf die Stirn?“

„Ja — und sprach viel zu ihm, aber leise, ich konnte es nicht verstehen. Er schien erst böse auf sie — wehrte sie mit den Armen ab — aber nach einer Weile wurde er sehr, sehr sanft und nahm ihre Hand und küßte sie.“

„Und der Baron?“

„Stand beiseite am Fenster. Den wollte er nicht sehen. Aber die Frau Baronin darf nicht mehr von seinem Bett.“

O die elende Heuchlerin! Sie liest ihm die Unterschrift zur Zurücknahme seines Bekenntnisses ab! Ich war überzeugt, das Gericht würden die Herrschaften nicht bemerken, es hieß, wenn angefragt würde: Der Kranke ist nicht wieder zur Besinnung gelangt! Er sollte nur seine Unterschrift geben und dann sterben! Ob sie ihre Absicht erreichen würden?

Manny war wieder hinaufgeklommen. Gleich darauf kam sie nochmals und raunte mir zu: „Er liegt wieder ohne Besinnung. Der Arzt ist eben angekommen. Die Baronin“

In der Behörde ein Eingreifen auf Grund des Vereinsgesetzes gegenüber den Zentralbehörden nicht ohne Rechtsbeugung möglich war. Andererseits aber bot das Sozialistengesetz hierfür eine Handhabe, und dieses Gesetz ist von der Hamburger Behörde bis in die letzten Jahre seines Bestehens gegen die Gewerkschaften und besonders gegen die in Hamburg erscheinende Gewerkschaftspresse angewandt worden. Trotz der ständig drohenden Gefahr übernahmen die Hamburger Gewerkschaften die Zentralkleitung der Verbände, und im Jahre 1891 hatten von den 54 Zentralverbänden, die ihre Tätigkeit auf ganz Deutschland ausdehnten, 24 ihren Sitz in Hamburg.

Es war denn auch erklärlich, daß der Sitz der am 17. November 1890 auf einer Gewerkschaftskonferenz in Berlin eingeleiteten Generalkommission, die eine Verbindung sämtlicher Gewerkschaften herbeiführen sollte, nach Hamburg gelegt wurde. Die Kommission hatte, obgleich sie von den Hamburger Gewerkschaften die lebhafteste Unterstützung fand, in den ersten Jahren ihres Bestehens durchaus keinen leichten Stand. Die Aufgaben, die ihr gestellt waren, vermochte sie zum Teil nicht zu erfüllen. Sie sollte Abwehrkämpfe unterstützen und die hierzu erforderlichen Mittel von den einzelnen Gewerkschaften geliefert erhalten. Diese waren jedoch fast ausnahmslos finanziell nicht leistungsfähig, wofür die Kommission leider nicht ausreichend unterrichtet war. Im Vertrauen auf die Rückertstattung veranlagte die Kommission die Zentralverbände, die Rückertstattung nicht erfolgte, mußte die Kommission dem ersten Gewerkschaftskongress 1892 berichten, daß sie eine Schuldenlast von 31 950 Mark habe, während die regelmäßigen Einnahmen nur gerade die laufenden Ausgaben zu decken vermochten. Erst nach dem Gewerkschaftskongress von 1892 wurden an die Kommission die festgesetzten Beiträge von den Gewerkschaften regelmäßig bezahlt. Von 1892 bis 1896 war eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 94 629 Mk. zu verzeichnen, wozu 9187 Mk. kamen, die als Extrabeitrag zur Deckung des Defizits geleistet waren. So verfügte denn zur Zeit des Berliner Gewerkschaftskongresses (1896) die Kommission trotz Rückzahlung von 17 730 Mk. Darlehen über einen Kassenbestand von 35 720 Mk. Dieser konnte nur durch äußerste Sparsamkeit geschaffen werden, und so kam es denn, daß auch auf dem Kongress von 1896 die Gewerkschaften mit der Tätigkeit der Generalkommission keinesfalls zufrieden waren; es war sogar eine starke Strömung dafür vorhanden, das Institut der Generalkommission in der vom Kongress 1892 geschaffenen Form zu beseitigen. Hierzu kam es glücklicherweise nicht. Als dann der Geheimrat des Grafen v. Posadowsky und die Ankündigung des Zuchthausgesetzes im Jahre 1898 kam, zeigte sich die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Zentralinstanz, und seit dem Gewerkschaftskongress von 1899 ist eine Meinungsverschiedenheit hierüber in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr vorhanden. Die finanziellen Verhältnisse der Kommission hatten sich wesentlich gebessert. Die Einnahme an Quartalsbeiträgen war in den drei Jahren von 1896 bis 1899 auf 115 680 Mk. gestiegen, während sie in den vier Jahren vorher nur 94 000 Mk. betragen hatte. In den folgenden Jahren gestalteten sich die Verhältnisse noch weit günstiger. Von 1899 bis 1902 war eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 193 948 Mk. zu verzeichnen, und die Kommission hatte, trotz großer Aufwendungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, einen Kassenbestand von 102 000 Mk. Der Kongress von 1902 kam denn auch zu dem Beschluß, die Tätigkeit der Generalkommission zu erweitern. Das Zentralarbeitssekretariat wurde geschaffen, und dies beehrte die Verlegung der Kommission von Hamburg nach Berlin. Als sie Hamburg verließ, hatten die angeschlossenen Gewerkschaften 733 206 Mitglieder, am Schluß der Geschäftsperiode, über die die Kommission an der Stätte ihres zwölfjährigen Wirkens zu berichten hat, aber deren 1 865 506. Die Gewerkschaften selbst sind finanziell wesentlich erstarbt, der Kommission stehen die Mittel ihre Aufgabe zu erfüllen, in genügendem Maße zur Verfügung, über alle grundlegenden Fragen herrscht Einmütigkeit in den Gewerkschaften, und mit Genugtuung kann man sich angesichts dieser Entwicklung der Zeit des ersten Wirkens der Generalkommission in Hamburg erinnern.

## Soziales und Parteileben.

**Schwarze Listen der Nationalen.** In Forst (Raußig) stellten die Nationalen, nachdem sie sich kurz vorher erst fürchterlich über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten entrüstet hatten, nicht allein Listen der Handwerker und Gewerbetreibenden, sondern auch solche von Arbeitern auf, die sozialdemokratisch gewählt hatten, um deren Arbeitgeber zu veranlassen, solche hinauszumerfen, die sozialdemo-

kratisch wählen. Und diese Listen wurden bei der letzten Wahl an die hiesigen Arbeitgeber usw. verteilt. Es paarte sich also bei den Wählern die Frechheit mit der Gemeinheit. Öffentlich lästern sie den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und machen es im geheimen noch viel schlimmer. Der Wäschzettel, den sie den Listen beilegen, lautet:

Forst (Raußig), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Bogenblätter, Wählerregelungen, bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handarbeiter sind an der Tagesordnung.

Druck erzeugt Gegenruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben.
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben.
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben.
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.

Treue um Treue!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 8. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Es wird also offen ein Terrorismus gepredigt, der um so verwerflicher ist, da gerade die Arbeit knapp ist. In Zeiten guten Geschäftsganges nützen alle solche Aufforderungen nichts; da steht der Profit dem Bourgeois höher als alle politische Rücksichtnahme. Das sind die Liberalen von Forst, besser: die Nationalliberalen, die bei der kommenden Abgeordnetenwahl auf die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hoffen! Darf die Arbeiterschaft diese Schamacherbande unterstützen, die die Arbeiter, die nichts haben als ihre ehrliche Überzeugung und danach handeln, auf die Straße werfen und kreieren lassen wollen? Diese Frage wird sich jeder sozialdemokratische Wahlmann vorlegen müssen, zumal nach den letzten Ermittlungen die Sozialdemokraten mit ihren 118 Wahlmännern bei der Stichwahl den Ausschlag geben.

**Wieder eine Reichsverbandsliste.** Der Leitjournalist der Gründer der Augsburger gelben Vereine verbreitet die Nachricht, der Verübter eines Luftmordes in Augsburg sei, wie sich jetzt herausgestellt, Sozialdemokrat und soll sogar Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation gewesen sein. — Der — übrigens geisteskrante — Mörder hat, wie sich herausgestellt hat, mit der Sozialdemokratie nicht im entferntesten etwas zu tun gehabt.

**7. Bundesstag der Arbeiter-Nachjahre.** Am letzten Tage wurde beschlossen, daß fortan auf je 1500 Mitglieder anstatt 750, ein Delegierter kommt. Der Bundesvorstand soll aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestehen. Schließlich wurden noch Vorschläge der Statutenberatungskommission über verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Bundesstatuts diskutiert und folgendes beschlossen: Nicht aufgenommen wird, wer einem anderen Bund angehört und wer gegen die Interessen der Arbeiterchaft gehandelt hat. Aber das Eintrittsgeld, bisher 60 Pfg., wird beschloffen, daß es nicht über 1 Mk. betragen darf, wovon 75 Pfg. an die Bundeskasse abzuliefern sind. Dafür erhält das Mitglied das Bundeszeugnis. Die Bestimmungen über die Unfallunterstützung, die auf höchstens 12 Wochen gezahlt wird und im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk. pro Arbeitstag, im zweiten 1,25 Mk., vom dritten Jahre ab 1,50 Mk. beträgt, werden insofern erweitert, daß im vierten Jahre der Mitgliedschaft 1,75 Mk. und vom fünften Jahre ab 2 Mk. pro Arbeitstag gezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Beiträge sämtlich bezahlt sind. Die Sterbeunterstützung, bisher 50 Mk., wird in der Weise geregelt, daß nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., nach zweijähriger 40 Mk., nach dreijähriger 50 Mk., nach vierjähriger 60 und nach fünfjähriger 75 Mk. gezahlt werden. Bei Sterbefällen durch Verunglückung auf dem Rade werden mindestens 50 Mk. gezahlt. Die Bestimmungen über den Rechtsschutz erhalten eine genauere Fassung. — Die beschlossenen Statutenänderungen sollen am

1. Juli in Kraft treten. Daran wurde beschlossen, daß der Sitz des Bundes in Offenbach verbleiben soll. Es folgten die Wahlen zum Bundesvorstand. Karl Fischer wurde einstimmig als Bundesvorsitzender wiedergewählt; ebenso als Bundeskassierer W. Zimmerman und als Redakteur Labbe; als zweiter Vorsitzender wurde Paul Lambert, als zweiter Kassierer G. Sachs gewählt. Der Sitz des Bundesauschusses verbleibt in Dresden. Der nächste Bundesstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

## Aus Nah und Fern.

**Die „Geisteskrankheit“ Eulenburgs.** Wie der „Ank. Korv.“ von „gutunterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen“ gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren geisteskrank gewesen sei. So erzählt man, er habe Stiefelsohlen und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „krankhafte“ Neigung für Gartenzäune und Gartengitter besessen haben. Im Park von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen dartun, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war. Wir sind auch in Anbetracht der preussischen Rechts- und Gerichtsverhältnisse der Ansicht, daß Fürst Eulenburg trotz aller Meinungsverschiedenheiten nicht verurteilt wird. Zur richtigen Zeit wird sich schon irgend eine Entdeckung einstellen, die ihn frei ausgeben läßt. Ob man Verurteilung bei ihm entdecken wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen. Das hängt von den Umständen ab. Unwahrscheinlich ist es, wenn man frühere Prozesse gegen die Blüte des preussischen Adels zur Beurteilung heranzieht, jedenfalls nicht. Vielleicht findet man sogar heraus, daß Eulenburg schon damals, als er am Starnberger See Fischernete minnete, unzurechnungsfähig war. Einige seiner späteren geistigen Latenzen lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß er zeitweilig geistig anormal gewesen sein muß, z. B. sein herrlicher „Sang an Negir“.

**Und sie unterhielten sich prächtig.** Bei dem Bankett, das die Londoner City dem Präsidenten Fallieres bei dessen Besuch gab, sah der Präsident neben dem Lordmayor. Die Pariser „Liberte“ schildert ihre Unterhaltung folgendermaßen: „Wollte man behaupten, daß die Unterhaltung der beiden gewichtigsten Persönlichkeiten lebhaft und animiert gewesen sei, so wäre das vielleicht übertrieben. Denn wenn der Lordmayor die Grundelemente der Sprache Molleres und Galipaur (des bekannten Komikers) nicht kennt, so weiß dafür Herr Fallieres kein Sterbenswörtchen von der Sprache Mils Camtons (der „ezentrischen“ Sängerin der Olympia) und Shakespeares. Dennoch bemühten sich beide mit seltenem Mut, einige herzliche Worte zu wechseln. Während er sein Baron of beef bewältigte, rief Fallieres aus: „Beautiful! Beautiful! All right!“ Der Lordmayor aber artikuliert französisch: „Paris! Paris! Moulin Rouge! Tour Eiffel!“ Manchmal vergaß sich das Oberhaupt der City; er sagte zu seinem staatsoberhaupteilichen Nachbarn: „Will you take again some peas? (Nehmen Sie noch einmal Schoten?), woauf Fallieres enthusiastisch erwiderte: „Indeed, Mylord, ich bin ein überzeugter Anhänger der Politik des Friedens (peace.) Good morning!“ Der Lordmayor begann von neuem: „Paris! Moulin Rouge! Folies Bergere! Rat Mort Rigolo!“ Im gegebenen Augenblick gebot der Lordmayor Stille; der Lordmayor erhob sich und improvisierte eine englische Rede, die vorher mit der Schreibmaschine kopiert war. Fallieres verstand nicht ein Wort, er klatschte trotzdem begeistert Beifall. Darauf rief der Lordmayor nochmals: „Ruhe!“ Der Präsident erhob sich und improvisierte eine französische Antwort, die auf einem großen Bogen gedruckt war. Der Lordmayor, für den das Chinesisch war, zeigte sichtlich Bewegung und applaudierte jedesmal, wenn ihm der Lordmayor ein Zeichen gab. Als die Reden beendet waren, murmelte das Oberhaupt in diskretem Tone: „The doors will be closed.“ (Stwa: Wir wollen die Sitzung aufheben.) Aber das Oberhaupt der Republik erwiderte errösend: „Mein, danke, ich habe keinerlei Bedürfnis.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling.  
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

kratisch wählen. Und diese Listen wurden bei der letzten Wahl an die hiesigen Arbeitgeber usw. verteilt. Es paarte sich also bei den Wählern die Frechheit mit der Gemeinheit. Öffentlich lästern sie den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und machen es im geheimen noch viel schlimmer. Der Wäschzettel, den sie den Listen beilegen, lautet:

Forst (Raußig), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Bogenblätter, Wählerregelungen, bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handarbeiter sind an der Tagesordnung.

Druck erzeugt Gegenruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben.
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben.
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben.
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.

Treue um Treue!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 8. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Es wird also offen ein Terrorismus gepredigt, der um so verwerflicher ist, da gerade die Arbeit knapp ist. In Zeiten guten Geschäftsganges nützen alle solche Aufforderungen nichts; da steht der Profit dem Bourgeois höher als alle politische Rücksichtnahme. Das sind die Liberalen von Forst, besser: die Nationalliberalen, die bei der kommenden Abgeordnetenwahl auf die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hoffen! Darf die Arbeiterschaft diese Schamacherbande unterstützen, die die Arbeiter, die nichts haben als ihre ehrliche Überzeugung und danach handeln, auf die Straße werfen und kreieren lassen wollen? Diese Frage wird sich jeder sozialdemokratische Wahlmann vorlegen müssen, zumal nach den letzten Ermittlungen die Sozialdemokraten mit ihren 118 Wahlmännern bei der Stichwahl den Ausschlag geben.

**Wieder eine Reichsverbandsliste.** Der Leitjournalist der Gründer der Augsburger gelben Vereine verbreitet die Nachricht, der Verübter eines Luftmordes in Augsburg sei, wie sich jetzt herausgestellt, Sozialdemokrat und soll sogar Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation gewesen sein. — Der — übrigens geisteskrante — Mörder hat, wie sich herausgestellt hat, mit der Sozialdemokratie nicht im entferntesten etwas zu tun gehabt.

**7. Bundesstag der Arbeiter-Nachjahre.** Am letzten Tage wurde beschlossen, daß fortan auf je 1500 Mitglieder anstatt 750, ein Delegierter kommt. Der Bundesvorstand soll aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestehen. Schließlich wurden noch Vorschläge der Statutenberatungskommission über verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Bundesstatuts diskutiert und folgendes beschlossen: Nicht aufgenommen wird, wer einem anderen Bund angehört und wer gegen die Interessen der Arbeiterchaft gehandelt hat. Aber das Eintrittsgeld, bisher 60 Pfg., wird beschloffen, daß es nicht über 1 Mk. betragen darf, wovon 75 Pfg. an die Bundeskasse abzuliefern sind. Dafür erhält das Mitglied das Bundeszeugnis. Die Bestimmungen über die Unfallunterstützung, die auf höchstens 12 Wochen gezahlt wird und im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk. pro Arbeitstag, im zweiten 1,25 Mk., vom dritten Jahre ab 1,50 Mk. beträgt, werden insofern erweitert, daß im vierten Jahre der Mitgliedschaft 1,75 Mk. und vom fünften Jahre ab 2 Mk. pro Arbeitstag gezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Beiträge sämtlich bezahlt sind. Die Sterbeunterstützung, bisher 50 Mk., wird in der Weise geregelt, daß nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., nach zweijähriger 40 Mk., nach dreijähriger 50 Mk., nach vierjähriger 60 und nach fünfjähriger 75 Mk. gezahlt werden. Bei Sterbefällen durch Verunglückung auf dem Rade werden mindestens 50 Mk. gezahlt. Die Bestimmungen über den Rechtsschutz erhalten eine genauere Fassung. — Die beschlossenen Statutenänderungen sollen am

1. Juli in Kraft treten. Daran wurde beschlossen, daß der Sitz des Bundes in Offenbach verbleiben soll. Es folgten die Wahlen zum Bundesvorstand. Karl Fischer wurde einstimmig als Bundesvorsitzender wiedergewählt; ebenso als Bundeskassierer W. Zimmerman und als Redakteur Labbe; als zweiter Vorsitzender wurde Paul Lambert, als zweiter Kassierer G. Sachs gewählt. Der Sitz des Bundesauschusses verbleibt in Dresden. Der nächste Bundesstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

## Aus Nah und Fern.

**Die „Geisteskrankheit“ Eulenburgs.** Wie der „Ank. Korv.“ von „gutunterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen“ gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren geisteskrank gewesen sei. So erzählt man, er habe Stiefelsohlen und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „krankhafte“ Neigung für Gartenzäune und Gartengitter besessen haben. Im Park von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen dartun, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war. Wir sind auch in Anbetracht der preussischen Rechts- und Gerichtsverhältnisse der Ansicht, daß Fürst Eulenburg trotz aller Meinungsverschiedenheiten nicht verurteilt wird. Zur richtigen Zeit wird sich schon irgend eine Entdeckung einstellen, die ihn frei ausgeben läßt. Ob man Verurteilung bei ihm entdecken wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen. Das hängt von den Umständen ab. Unwahrscheinlich ist es, wenn man frühere Prozesse gegen die Blüte des preussischen Adels zur Beurteilung heranzieht, jedenfalls nicht. Vielleicht findet man sogar heraus, daß Eulenburg schon damals, als er am Starnberger See Fischernete minnete, unzurechnungsfähig war. Einige seiner späteren geistigen Latenzen lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß er zeitweilig geistig anormal gewesen sein muß, z. B. sein herrlicher „Sang an Negir“.

**Und sie unterhielten sich prächtig.** Bei dem Bankett, das die Londoner City dem Präsidenten Fallieres bei dessen Besuch gab, sah der Präsident neben dem Lordmayor. Die Pariser „Liberte“ schildert ihre Unterhaltung folgendermaßen: „Wollte man behaupten, daß die Unterhaltung der beiden gewichtigsten Persönlichkeiten lebhaft und animiert gewesen sei, so wäre das vielleicht übertrieben. Denn wenn der Lordmayor die Grundelemente der Sprache Molleres und Galipaur (des bekannten Komikers) nicht kennt, so weiß dafür Herr Fallieres kein Sterbenswörtchen von der Sprache Mils Camtons (der „ezentrischen“ Sängerin der Olympia) und Shakespeares. Dennoch bemühten sich beide mit seltenem Mut, einige herzliche Worte zu wechseln. Während er sein Baron of beef bewältigte, rief Fallieres aus: „Beautiful! Beautiful! All right!“ Der Lordmayor aber artikuliert französisch: „Paris! Paris! Moulin Rouge! Tour Eiffel!“ Manchmal vergaß sich das Oberhaupt der City; er sagte zu seinem staatsoberhaupteilichen Nachbarn: „Will you take again some peas? (Nehmen Sie noch einmal Schoten?), woauf Fallieres enthusiastisch erwiderte: „Indeed, Mylord, ich bin ein überzeugter Anhänger der Politik des Friedens (peace.) Good morning!“ Der Lordmayor begann von neuem: „Paris! Moulin Rouge! Folies Bergere! Rat Mort Rigolo!“ Im gegebenen Augenblick gebot der Lordmayor Stille; der Lordmayor erhob sich und improvisierte eine englische Rede, die vorher mit der Schreibmaschine kopiert war. Fallieres verstand nicht ein Wort, er klatschte trotzdem begeistert Beifall. Darauf rief der Lordmayor nochmals: „Ruhe!“ Der Präsident erhob sich und improvisierte eine französische Antwort, die auf einem großen Bogen gedruckt war. Der Lordmayor, für den das Chinesisch war, zeigte sichtlich Bewegung und applaudierte jedesmal, wenn ihm der Lordmayor ein Zeichen gab. Als die Reden beendet waren, murmelte das Oberhaupt in diskretem Tone: „The doors will be closed.“ (Stwa: Wir wollen die Sitzung aufheben.) Aber das Oberhaupt der Republik erwiderte errösend: „Mein, danke, ich habe keinerlei Bedürfnis.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling.  
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

kratisch wählen. Und diese Listen wurden bei der letzten Wahl an die hiesigen Arbeitgeber usw. verteilt. Es paarte sich also bei den Wählern die Frechheit mit der Gemeinheit. Öffentlich lästern sie den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und machen es im geheimen noch viel schlimmer. Der Wäschzettel, den sie den Listen beilegen, lautet:

Forst (Raußig), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Bogenblätter, Wählerregelungen, bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handarbeiter sind an der Tagesordnung.

Druck erzeugt Gegenruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben.
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben.
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben.
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.

Treue um Treue!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 8. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Es wird also offen ein Terrorismus gepredigt, der um so verwerflicher ist, da gerade die Arbeit knapp ist. In Zeiten guten Geschäftsganges nützen alle solche Aufforderungen nichts; da steht der Profit dem Bourgeois höher als alle politische Rücksichtnahme. Das sind die Liberalen von Forst, besser: die Nationalliberalen, die bei der kommenden Abgeordnetenwahl auf die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hoffen! Darf die Arbeiterschaft diese Schamacherbande unterstützen, die die Arbeiter, die nichts haben als ihre ehrliche Überzeugung und danach handeln, auf die Straße werfen und kreieren lassen wollen? Diese Frage wird sich jeder sozialdemokratische Wahlmann vorlegen müssen, zumal nach den letzten Ermittlungen die Sozialdemokraten mit ihren 118 Wahlmännern bei der Stichwahl den Ausschlag geben.

**Wieder eine Reichsverbandsliste.** Der Leitjournalist der Gründer der Augsburger gelben Vereine verbreitet die Nachricht, der Verübter eines Luftmordes in Augsburg sei, wie sich jetzt herausgestellt, Sozialdemokrat und soll sogar Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation gewesen sein. — Der — übrigens geisteskrante — Mörder hat, wie sich herausgestellt hat, mit der Sozialdemokratie nicht im entferntesten etwas zu tun gehabt.

**7. Bundesstag der Arbeiter-Nachjahre.** Am letzten Tage wurde beschlossen, daß fortan auf je 1500 Mitglieder anstatt 750, ein Delegierter kommt. Der Bundesvorstand soll aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestehen. Schließlich wurden noch Vorschläge der Statutenberatungskommission über verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Bundesstatuts diskutiert und folgendes beschlossen: Nicht aufgenommen wird, wer einem anderen Bund angehört und wer gegen die Interessen der Arbeiterchaft gehandelt hat. Aber das Eintrittsgeld, bisher 60 Pfg., wird beschloffen, daß es nicht über 1 Mk. betragen darf, wovon 75 Pfg. an die Bundeskasse abzuliefern sind. Dafür erhält das Mitglied das Bundeszeugnis. Die Bestimmungen über die Unfallunterstützung, die auf höchstens 12 Wochen gezahlt wird und im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk. pro Arbeitstag, im zweiten 1,25 Mk., vom dritten Jahre ab 1,50 Mk. beträgt, werden insofern erweitert, daß im vierten Jahre der Mitgliedschaft 1,75 Mk. und vom fünften Jahre ab 2 Mk. pro Arbeitstag gezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Beiträge sämtlich bezahlt sind. Die Sterbeunterstützung, bisher 50 Mk., wird in der Weise geregelt, daß nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., nach zweijähriger 40 Mk., nach dreijähriger 50 Mk., nach vierjähriger 60 und nach fünfjähriger 75 Mk. gezahlt werden. Bei Sterbefällen durch Verunglückung auf dem Rade werden mindestens 50 Mk. gezahlt. Die Bestimmungen über den Rechtsschutz erhalten eine genauere Fassung. — Die beschlossenen Statutenänderungen sollen am

1. Juli in Kraft treten. Daran wurde beschlossen, daß der Sitz des Bundes in Offenbach verbleiben soll. Es folgten die Wahlen zum Bundesvorstand. Karl Fischer wurde einstimmig als Bundesvorsitzender wiedergewählt; ebenso als Bundeskassierer W. Zimmerman und als Redakteur Labbe; als zweiter Vorsitzender wurde Paul Lambert, als zweiter Kassierer G. Sachs gewählt. Der Sitz des Bundesauschusses verbleibt in Dresden. Der nächste Bundesstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

## Aus Nah und Fern.

**Die „Geisteskrankheit“ Eulenburgs.** Wie der „Ank. Korv.“ von „gutunterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen“ gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren geisteskrank gewesen sei. So erzählt man, er habe Stiefelsohlen und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „krankhafte“ Neigung für Gartenzäune und Gartengitter besessen haben. Im Park von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen dartun, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war. Wir sind auch in Anbetracht der preussischen Rechts- und Gerichtsverhältnisse der Ansicht, daß Fürst Eulenburg trotz aller Meinungsverschiedenheiten nicht verurteilt wird. Zur richtigen Zeit wird sich schon irgend eine Entdeckung einstellen, die ihn frei ausgeben läßt. Ob man Verurteilung bei ihm entdecken wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen. Das hängt von den Umständen ab. Unwahrscheinlich ist es, wenn man frühere Prozesse gegen die Blüte des preussischen Adels zur Beurteilung heranzieht, jedenfalls nicht. Vielleicht findet man sogar heraus, daß Eulenburg schon damals, als er am Starnberger See Fischernete minnete, unzurechnungsfähig war. Einige seiner späteren geistigen Latenzen lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß er zeitweilig geistig anormal gewesen sein muß, z. B. sein herrlicher „Sang an Negir“.

**Und sie unterhielten sich prächtig.** Bei dem Bankett, das die Londoner City dem Präsidenten Fallieres bei dessen Besuch gab, sah der Präsident neben dem Lordmayor. Die Pariser „Liberte“ schildert ihre Unterhaltung folgendermaßen: „Wollte man behaupten, daß die Unterhaltung der beiden gewichtigsten Persönlichkeiten lebhaft und animiert gewesen sei, so wäre das vielleicht übertrieben. Denn wenn der Lordmayor die Grundelemente der Sprache Molleres und Galipaur (des bekannten Komikers) nicht kennt, so weiß dafür Herr Fallieres kein Sterbenswörtchen von der Sprache Mils Camtons (der „ezentrischen“ Sängerin der Olympia) und Shakespeares. Dennoch bemühten sich beide mit seltenem Mut, einige herzliche Worte zu wechseln. Während er sein Baron of beef bewältigte, rief Fallieres aus: „Beautiful! Beautiful! All right!“ Der Lordmayor aber artikuliert französisch: „Paris! Paris! Moulin Rouge! Tour Eiffel!“ Manchmal vergaß sich das Oberhaupt der City; er sagte zu seinem staatsoberhaupteilichen Nachbarn: „Will you take again some peas? (Nehmen Sie noch einmal Schoten?), woauf Fallieres enthusiastisch erwiderte: „Indeed, Mylord, ich bin ein überzeugter Anhänger der Politik des Friedens (peace.) Good morning!“ Der Lordmayor begann von neuem: „Paris! Moulin Rouge! Folies Bergere! Rat Mort Rigolo!“ Im gegebenen Augenblick gebot der Lordmayor Stille; der Lordmayor erhob sich und improvisierte eine englische Rede, die vorher mit der Schreibmaschine kopiert war. Fallieres verstand nicht ein Wort, er klatschte trotzdem begeistert Beifall. Darauf rief der Lordmayor nochmals: „Ruhe!“ Der Präsident erhob sich und improvisierte eine französische Antwort, die auf einem großen Bogen gedruckt war. Der Lordmayor, für den das Chinesisch war, zeigte sichtlich Bewegung und applaudierte jedesmal, wenn ihm der Lordmayor ein Zeichen gab. Als die Reden beendet waren, murmelte das Oberhaupt in diskretem Tone: „The doors will be closed.“ (Stwa: Wir wollen die Sitzung aufheben.) Aber das Oberhaupt der Republik erwiderte errösend: „Mein, danke, ich habe keinerlei Bedürfnis.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling.  
Verleger: L. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

kratisch wählen. Und diese Listen wurden bei der letzten Wahl an die hiesigen Arbeitgeber usw. verteilt. Es paarte sich also bei den Wählern die Frechheit mit der Gemeinheit. Öffentlich lästern sie den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und machen es im geheimen noch viel schlimmer. Der Wäschzettel, den sie den Listen beilegen, lautet:

Forst (Raußig), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Bogenblätter, Wählerregelungen, bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handarbeiter sind an der Tagesordnung.

Druck erzeugt Gegenruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben.
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben.
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben.
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.

Treue um Treue!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 8. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Es wird also offen ein Terrorismus gepredigt, der um so verwerflicher ist, da gerade die Arbeit knapp ist. In Zeiten guten Geschäftsganges nützen alle solche Aufforderungen nichts; da steht der Profit dem Bourgeois höher als alle politische Rücksichtnahme. Das sind die Liberalen von Forst, besser: die Nationalliberalen, die bei der kommenden Abgeordnetenwahl auf die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hoffen! Darf die Arbeiterschaft diese Schamacherbande unterstützen, die die Arbeiter, die nichts haben als ihre ehrliche Überzeugung und danach handeln, auf die Straße werfen und kreieren lassen wollen? Diese Frage wird sich jeder sozialdemokratische Wahlmann vorlegen müssen, zumal nach den letzten Ermittlungen die Sozialdemokraten mit ihren 118 Wahlmännern bei der Stichwahl den Ausschlag geben.

**Wieder eine Reichsverbandsliste.** Der Leitjournalist der Gründer der Augsburger gelben Vereine verbreitet die Nachricht, der Verübter eines Luftmordes in Augsburg sei, wie sich jetzt herausgestellt, Sozialdemokrat und soll sogar Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation gewesen sein. — Der — übrigens geisteskrante — Mörder hat, wie sich herausgestellt hat, mit der Sozialdemokratie nicht im entferntesten etwas zu tun gehabt.

**7. Bundesstag der Arbeiter-Nachjahre.** Am letzten Tage wurde beschlossen, daß fortan auf je 1500 Mitglieder anstatt 750, ein Delegierter kommt. Der Bundesvorstand soll aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestehen. Schließlich wurden noch Vorschläge der Statutenberatungskommission über verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Bundesstatuts diskutiert und folgendes beschlossen: Nicht aufgenommen wird, wer einem anderen Bund angehört und wer gegen die Interessen der Arbeiterchaft gehandelt hat. Aber das Eintrittsgeld, bisher 60 Pfg., wird beschloffen, daß es nicht über 1 Mk. betragen darf, wovon 75 Pfg. an die Bundeskasse abzuliefern sind. Dafür erhält das Mitglied das Bundeszeugnis. Die Bestimmungen über die Unfallunterstützung, die auf höchstens 12 Wochen gezahlt wird und im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk. pro Arbeitstag, im zweiten 1,25 Mk., vom dritten Jahre ab 1,50 Mk. beträgt, werden insofern erweitert, daß im vierten Jahre der Mitgliedschaft 1,75 Mk. und vom fünften Jahre ab 2 Mk. pro Arbeitstag gezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Beiträge sämtlich bezahlt sind. Die Sterbeunterstützung, bisher 50 Mk., wird in der Weise geregelt, daß nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., nach zweijähriger 40 Mk., nach dreijähriger 50 Mk., nach vierjähriger 60 und nach fünfjähriger 75 Mk. gezahlt werden. Bei Sterbefällen durch Verunglückung auf dem Rade werden mindestens 50 Mk. gezahlt. Die Bestimmungen über den Rechtsschutz erhalten eine genauere Fassung. — Die beschlossenen Statutenänderungen sollen am

1. Juli in Kraft treten. Daran wurde beschlossen, daß der Sitz des Bundes in Offenbach verbleiben soll. Es folgten die Wahlen zum Bundesvorstand. Karl Fischer wurde einstimmig als Bundesvorsitzender wiedergewählt; ebenso als Bundeskassierer W. Zimmerman und als Redakteur Labbe; als zweiter Vorsitzender wurde Paul Lambert, als zweiter Kassierer G. Sachs gewählt. Der Sitz des Bundesauschusses verbleibt in Dresden. Der nächste Bundesstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

## Aus Nah und Fern.

**Die „Geisteskrankheit“ Eulenburgs.** Wie der „Ank. Korv.“ von „gutunterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen“ gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren geisteskrank gewesen sei. So erzählt man, er habe Stiefelsohlen und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „krankhafte“ Neigung für Gartenzäune und Gartengitter besessen haben. Im Park von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen dartun, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war. Wir sind auch in Anbetracht der preussischen Rechts- und Gerichtsverhältnisse der Ansicht, daß Fürst Eulenburg trotz aller Meinungsverschiedenheiten nicht verurteilt wird. Zur richtigen Zeit wird sich schon irgend eine Entdeckung einstellen, die ihn frei ausgeben läßt. Ob man Verurteilung bei ihm entdecken wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen. Das hängt von den Umständen ab. Unwahrscheinlich ist es, wenn man frühere Prozesse gegen die Blüte des preussischen Adels zur Beurteilung heranzieht, jedenfalls nicht. Vielleicht findet man sogar heraus, daß Eulenburg schon damals, als er am Starnberger See Fischernete minnete, unzurechnungsfähig war. Einige seiner späteren geistigen Latenzen lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß er zeitweilig geistig anormal gewesen sein muß, z. B. sein herrlicher „Sang an Negir“.

**Und sie unterhielten sich prächtig.** Bei dem Bankett, das die Londoner City dem Präsidenten Fallieres bei dessen Besuch gab, sah der Präsident neben dem Lordmayor.